

Thorsten Ingo Schmidt

Öffentliches
Finanzrecht



MOHR SIEBECK

Thorsten Ingo Schmidt
Öffentliches Finanzrecht



Thorsten Ingo Schmidt

Öffentliches Finanzrecht

Mohr Siebeck

Thorsten Ingo Schmidt, geboren 1972, 1998 Promotion, 2004 Habilitation, 2006–2009 Richter am VG Hannover, seit 2009 Professor an der Universität Potsdam für Öffentliches Recht, insbesondere Staatsrecht, Verwaltungs- und Kommunalrecht, 2015–2016 Richter am OVG Berlin/Brandenburg.
orcid.org/0000-0001-6912-8983

ISBN 978-3-16-162176-5 / eISBN 978-3-16-162177-2
DOI 10.1628/978-3-16-162177-2

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2023 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Laupp & Göbel aus der Stempel Garamond und der Frutiger gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Dieses Werk hat seine Zeit gebraucht. Erste Überlegungen zu diesem Buch gehen auf das Jahr 2011 zurück. Es ist entstanden aus meinem Interesse, die komplizierte Materie des Öffentlichen Finanzrechts zu erfassen, zunächst für mich selbst und dann hoffentlich auch für die Leserinnen und Leser dieses Werkes. Ich danke sehr dem früheren Geschäftsführer und Cheflektor des Verlags Mohr Siebeck, Herrn Franz-Peter Gillig, der sich damals schon nach einem kurzen Telefonat bereit erklärte, dieses Vorhaben umzusetzen und in all den Jahren niemals an der Fertigstellung zweifelte.

Hoheitsträger sind ohne Finanzmittel dauerhaft nicht handlungsfähig. Wofür diese Mittel verwendet, wie sie aufgebracht und wie Ausgaben und Einnahmen zum Ausgleich gebracht werden, das macht den Kern des Öffentlichen Finanzrechts aus. Es ist ein spannendes Querschnittsgebiet im Übergangsbereich zwischen Staats- und Verwaltungsrecht, mit Bezügen zum Steuer- und Sozialrecht, zum Europa- und Kommunalrecht. So verschieden die darin geregelten Hoheitsträger sind, so ähnlich sind doch die Fragestellungen, vor denen sie jeweils stehen: Wie kann der Haushalt ausgeglichen werden? Dürfen Kredite aufgenommen werden? Darf oder muss es gar einen Finanzausgleich geben? Die Antworten darauf fallen sehr unterschiedlich aus und erst in der Zusammenschau der verschiedenen Teilgebiete werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede deutlich, die den Reiz einer solchen übergreifenden Darstellung ausmachen.

Im Laufe der Jahre haben viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu diesem Werk beigetragen. Besonders hervorzuheben ist Herr Robert Wille, der nicht nur unermüdlich Korrektur gelesen und zahlreiche Nachweise geliefert, sondern auch vielfältige Ideen beigesteuert und mich immer wieder zu neuen Fragestellungen angespornt hat. Großer Dank gebührt auch Herrn Julian Zitzmann, der das Register erstellt und die Querverweise erarbeitet hat. Gewidmet sei dieses Werk aber meiner Frau Gisela und unseren Kindern Conrad und Anika.

Thorsten Ingo Schmidt, im Januar 2023

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Allgemeine Literatur	XLI
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Übersichtenverzeichnis	LV
Erster Teil: Grundlagen	1
§ 1 Einführung	1
§ 2 Geschichte des öffentlichen Finanzrechts	4
§ 3 Überblick über die Rechtsquellen des öffentlichen Finanzrechts	26
Zweiter Teil: Finanzverfassungsrecht	45
§ 4 Grundlagen der deutschen Finanzverfassung	45
§ 5 Verteilung der Aufgaben	52
§ 6 Verteilung der Ausgaben	60
§ 7 Haftung für die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung	70
§ 8 Steuern	80
§ 9 Nichtsteuerliche Einnahmen	101
§ 10 Subventionen	117
§ 11 Finanzausgleich	127
Dritter Teil: Haushaltsrecht	149
§ 12 Grundlagen des Haushaltsrechts	149
§ 13 Akteure des Haushaltsrechts	155
§ 14 Funktionen, Inhalt und Form des Haushaltsplans	167
§ 15 Haushaltsgrundsätze	181
§ 16 Haushaltsausgleich und „Schuldenbremse“	201
§ 17 Überblick über den Haushaltskreislauf	221

§ 18 Aufstellung des Haushalts	225
§ 19 Vollzug des Haushalts	232
§ 20 Haushaltsloser Zustand	245
§ 21 Haushaltsnotlage	252
§ 22 Rechnungslegung, -prüfung und Entlastung	259
§ 23 Sicherung der Beachtung des Haushaltsrechts	266
Vierter Teil: Staatliches Vermögen	275
§ 24 Grundlagen des staatlichen Vermögensrechts	275
§ 25 Öffentliche Sachen	276
§ 26 Ausgegliederte Vermögensmassen	287
§ 27 Öffentliche Unternehmen	296
§ 28 Öffentliche Schulden	317
§ 29 Bilanzierung	331
Fünfter Teil: Kommunales Finanzrecht	339
§ 30 Kommunale Aufgaben	339
§ 31 Kommunale Aufwendungen	346
§ 32 Kommunale Erträge	352
§ 33 Kommunaler Finanzausgleich und Mehrbelastungsausgleich	364
§ 34 Kommunaler Haushalt	371
§ 35 Kommunales Vermögen	387
§ 36 Kommunale Unternehmen	396
§ 37 Verbindungen zwischen der kommunalen und der staatlichen Ebene	412
Sechster Teil: Finanzrecht der Sozialversicherungen	425
§ 38 Aufgaben der Sozialversicherungen	425
§ 39 Ausgaben der Sozialversicherungen	433
§ 40 Einnahmen der Sozialversicherungen	436
§ 41 Finanzausgleich der Sozialversicherungen	444

§ 42 Haushalt der Sozialversicherungen	448
§ 43 Vermögen der Sozialversicherungen	458
§ 44 Verbindungen zwischen der sozialversicherungsrechtlichen und der staatlichen Ebene	463
Siebenter Teil: Europäisches Finanzrecht	469
§ 45 Grundlagen des europäischen öffentlichen Finanzrechts	469
§ 46 Ausgaben der Europäischen Union	471
§ 47 Einnahmen der Europäischen Union	473
§ 48 Haushaltsgrundsätze der Europäischen Union	479
§ 49 Haushaltskreislauf der Europäischen Union	483
§ 50 Währungsrecht und Bankenaufsicht	491
§ 51 Weitere Einwirkungen des europäischen Finanzrechts auf die Mitgliedstaaten	502
§ 52 Bewältigung der Finanzkrise	508
Achter Teil: Rechtsschutz im öffentlichen Finanzrecht	517
§ 53 Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	517
§ 54 Rechtsschutz vor den Gerichten der Europäischen Union	529
Neunter Teil: Ausblick	535
§ 55 Zukunft des öffentlichen Finanzrechts	535
Verzeichnis finanzrechtlicher Gerichtsentscheidungen	541
Register	577

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Allgemeine Literatur	XL I
I. Neuere Lehrbücher und Monographien	XL I
II. Historische Lehrbücher und Monographien	XL II
III. Kommentare	XL III
1. Grundgesetz	XL III
2. Bundeshaushaltsordnung	XL III
3. Finanzausgleichsgesetz	XL IV
4. Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft	XL IV
5. Sonstige Kommentare	XL IV
IV. Zeitschriften und Jahrbücher mit finanzrechtlichem Schwerpunkt	XL VI
V. Ausgewähltes finanzwissenschaftliches Schrifttum	XL VI
VI. Schrifttum zum ausländischen öffentlichen Finanzrecht und Finanzwesen	LV II
Abkürzungsverzeichnis	XL VII
Übersichtenverzeichnis	LV

Erster Teil: Grundlagen 1

§ 1 Einführung 1

I. Begriff und Gegenstand des öffentlichen Finanzrechts	1
II. Besonderheiten des öffentlichen Finanzrechts	2
III. Gang der Darstellung	3
IV. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	3
Rechtsprechung zu § 1	3
Literatur zu § 1	3

§ 2 Geschichte des öffentlichen Finanzrechts 4

I. Deutscher Bund 1815 bis 1866	5
II. Paulskirchenverfassung 1848/49	5
III. Preußischer Verfassungskonflikt 1862 bis 1866	6
IV. Norddeutscher Bund und Deutsches Reich 1866 bis 1919	7
V. Weimarer Republik 1919 bis 1933	8

VI. Nationalsozialismus 1933 bis 1945	10
VII. Nachkriegszeit 1945 bis 1949	11
VIII. Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990	11
1. Vorläufige Bestimmungen vom Erlass des Grundgesetzes 1949 bis zur Wiedergewinnung der Souveränität 1955	12
2. Regelungen von der Wiedergewinnung der Souveränität 1955 bis zur großen Finanzreform 1969	13
3. Vorschriften von der großen Finanzreform 1969 bis zur Wiedervereinigung 1990	13
IX. DDR 1949 bis 1990	15
X. Deutsche Einheit seit 1990	16
1. Wiedervereinigung und ihre Folgen 1990 bis 1995	17
a) Suspendierte Aufnahme der neuen Länder in die bundesdeutsche Finanzverfassung	17
b) Rechtsnachfolge in das Vermögen der DDR	18
c) Umgang mit dem „Volksvermögen“	19
d) Solidarpakt I	19
2. Integration der neuen Länder 1995 bis 2005	19
a) Bund-Länder-Finanzausgleich	20
b) Solidarpakt II	20
c) Reformen im Haushaltsrecht	20
3. Föderalismusreformen seit 2006	20
a) Föderalismusreform I 2006	20
b) Föderalismusreform II 2009	21
c) Weitere Reformen	21
XI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	23
Rechtsprechung zu § 2	24
Literatur zu § 2	24

§ 3 Überblick über die Rechtsquellen des öffentlichen Finanzrechts

I. Rechtsquellen des Bundesrechts	26
1. Grundgesetz und Einigungsvertrag	27
a) Grundgesetz	27
b) Einigungsvertrag	27
2. Finanzverfassungsrechtliche Gesetze	28
a) Maßstäbegesetz	28
b) Finanzausgleichsgesetz	29
c) Zerlegungsgesetz	30
d) Gemeindefinanzreformgesetz	30
e) Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	30
3. Haushaltsrechtliche Gesetze	30
a) Bestimmungen über die Aufstellung und den Vollzug des Haushalts	31

b) Regelungen der Kreditaufnahme	34
c) Gesetze über die Rechnungsprüfung	35
4. Verträge?	35
II. Rechtsquellen des Landesrechts	35
1. Landesverfassungen	36
2. Finanzrechtliche Landesgesetze	37
3. Haushaltsrechtliche Landesgesetze	37
4. Verträge?	38
III. Europarechtliche Rechtsquellen	38
1. Regelungen für die Europäische Union selbst	39
2. Vorschriften in Bezug auf die Mitgliedstaaten	40
3. „Nebenunionsvölkerrecht“	40
IV. Verhältnis der Regelungen zueinander	41
1. Verhältnis der finanzverfassungsrechtlichen Regelungen zueinander	41
2. Verhältnis der haushaltsrechtlichen Regelungen zueinander	42
V. Kritische Würdigung	42
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	43
Rechtsprechung zu § 3	43
Literatur zu § 3	43

Zweiter Teil: Finanzverfassungsrecht 45

§ 4 Grundlagen der deutschen Finanzverfassung 45

I. Aufgabenorientierung	45
II. Einfluss der Staatsstrukturprinzipien	45
1. Bundesstaat	46
2. Demokratie	47
3. Rechtsstaat	48
4. Sozialstaat	48
5. Republik	49
III. Einfluss der Grundrechte	49
IV. Landesrechtliche Regelungen	50
V. Kritische Würdigung	51
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	51
Rechtsprechung zu § 4	51
Literatur zu § 4	51

§ 5 Verteilung der Aufgaben 52

I. Aufgaben des Bundes	52
1. Gesetzgebungsaufgaben	53
2. Regierungsaufgaben	53

3. Verwaltungsaufgaben	53
4. Rechtsprechungsaufgaben	54
II. Aufgaben der Länder	54
1. Gesetzgebungsaufgaben	55
2. Regierungsaufgaben	55
3. Verwaltungsaufgaben	55
a) Vollzug der Landesgesetze	55
b) Vollzug der Bundesgesetze	56
4. Rechtsprechungsaufgaben	57
III. Gemeinschaftsaufgaben und Verwaltungszusammenarbeit	57
1. Mitwirkung des Bundes bei Länderaufgaben	57
2. Zusammenwirken im Bildungswesen	57
3. Zusammenwirken bei informationstechnischen Systemen	58
4. Zusammenwirken bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende	58
IV. Kritische Würdigung	58
V. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	58
Rechtsprechung zu § 5	59
Literatur zu § 5	59
§ 6 Verteilung der Ausgaben	60
I. Finanzierungskompetenz	60
II. Verwaltungsausgaben	60
III. Zweckausgaben	61
1. Vollzugskonnexität	61
2. Bundesauftragsverwaltung	61
3. Geldleistungsgesetze	62
IV. Ausgaben für mischfinanzierte Aufgaben	63
1. Gemeinschaftsaufgaben	64
2. Verwaltungszusammenarbeit	65
3. Informationstechnische Systeme	65
4. Vergleichsstudien zur Leistungsfähigkeit der Verwaltung	65
5. Grundsicherung für Arbeitssuchende	65
6. Investitionshilfen und weitere Bundeszuweisungen	66
7. Hilfen für die kommunale Bildungsinfrastruktur	66
8. Hilfen für den sozialen Wohnungsbau	67
9. Zuschüsse an die Sozialversicherung	67
10. Kriegsfolgelasten	67
11. Sonderregelungen wegen Übertragung der Steuerertragskompetenz	68
V. Ausgaben für sonstige staatliche Aufgaben	68
VI. Kritische Würdigung	68
VII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	69
Rechtsprechung zu § 6	69
Literatur zu § 6	69

§ 7 Haftung für die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung	70
I. Grundlagen der Haftung	71
II. Haftung im Bund-Länder-Verhältnis	71
1. Haftung der Länder gegenüber dem Bund	72
a) Haftung der Länder für ordnungsmäßige Verwaltung	72
b) Haftung der Länder für ihre Gesetzgebung und Rechtsprechung?	72
2. Haftung des Bundes gegenüber den Ländern	73
a) Haftung des Bundes für ordnungsmäßige Verwaltung	73
b) Haftung des Bundes für seine Gesetzgebung und Rechtsprechung?	74
III. Haftung der Länder untereinander	74
IV. Europa- und völkerrechtliche Haftung	75
1. Haftung wegen Verletzung supranationaler oder völkerrechtlicher Verpflichtungen	75
2. Haftung wegen Verletzung der Haushaltsdisziplin	76
V. Haftung im Verhältnis Land-Kommune	77
VI. Zulässiger Rechtsweg	78
VII. Kritische Würdigung	78
VIII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	79
Rechtsprechung zu § 7	79
Literatur zu § 7	79
 § 8 Steuern	 80
I. Begriff der Steuern	80
II. Steuergesetzgebungskompetenzen	82
1. Steuergesetzgebungskompetenzen des Bundes	82
2. Steuergesetzgebungskompetenzen der Länder	84
3. Regelungskompetenzen der Kommunen	86
III. Steuerverwaltungskompetenzen	86
1. Steuerverwaltungskompetenzen des Bundes	86
2. Steuerverwaltungskompetenzen der Länder	87
3. Steuerverwaltungskompetenzen der Kommunen	87
4. Weitere Möglichkeiten zur Flexibilisierungen des Verwaltungsvollzugs	87
IV. Steuerertragskompetenzen	88
1. Steuerertragskompetenzen des Bundes	88
2. Steuerertragskompetenzen der Länder	89
3. Steuerertragskompetenzen der Kommunen	89
4. Gemeinschaftsteuern	90
5. Weitere Beteiligungen am Steuerertrag anderer Hoheitsträger	92
6. Flexibilität des Steuerertragssystems	94
V. Steuerfindungsrecht?	94

VI. Steuerprinzipien	95
VII. Kritische Würdigung	97
VIII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	98
Rechtsprechung zu § 8	98
Literatur zu § 8	99
§ 9 Nichtsteuerliche Einnahmen	101
I. Umlagen	101
II. Beiträge	102
III. Sozialversicherungsbeiträge	103
IV. Gebühren	103
1. Verwaltungsgebühren	104
2. Benutzungsgebühren	104
3. Gebührenprinzipien	104
V. Abschöpfungsabgaben	105
VI. Sonderabgaben	106
1. Sonderabgaben mit Lenkungsfunktion	107
2. Sonderabgaben mit Finanzierungsfunktion	107
VII. Sonstige Abgaben?	108
VIII. Zuweisungen	109
IX. Sanktionszahlungen	110
1. Repressive Sanktionszahlungen	110
2. Präventive Sanktionszahlungen	110
X. Privatrechtliche Einnahmen	110
1. Wirtschaftliche Betätigung	111
2. Verwaltung und Veräußerung von Vermögen	111
3. Schenkungen	111
XI. Insbesondere: Kreditaufnahme	112
XII. Sonstige Einnahmen	112
XIII. Verhältnis der Einnahmen zueinander	113
XIV. Kritische Würdigung	113
XV. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	114
Rechtsprechung zu § 9	114
Literatur zu § 9	115
§ 10 Subventionen	117
I. Begriff der Subvention	118
II. Ziele der Subventionen	118
III. Mittel der Subventionierung	119
1. Verlorene Zuschüsse	119
2. Gewährung von Darlehen	119
3. Stellung von Sicherheiten	120
4. Realförderung	120

5. Verschonungssubventionen	120
6. Festgesetzte Preise im Verhältnis zu Dritten	120
7. Übernahme externer Kosten	121
IV. Handlungsformen für Subventionen	121
1. Sachgesetze	121
2. Haushaltsgesetz	122
3. Öffentlich-rechtliche Handlungen im Einzelfall	122
4. Privatrechtliche Handlungen im Einzelfall	122
V. Kompetenzen für Subventionen	123
1. Verbandskompetenz	123
2. Organkompetenz	124
VI. Inhaltliche Grenzen der Subventionen	124
1. Verfassungsrechtliche Grenzen	124
2. Haushaltsrechtliche Grenzen	125
3. Europarechtliche Grenzen	125
4. Völkerrechtliche Grenzen	126
VII. Kritische Würdigung	126
VIII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	126
Rechtsprechung zu § 10	127
Literatur zu § 10	127

§ 11 Finanzausgleich 127

I. Grundlagen des Finanzausgleichs	128
1. Begriff des Finanzausgleichs	128
2. Rechtsgrundlagen des Finanzausgleichs	128
3. Funktionen des Finanzausgleichs	129
II. Erste Stufe: Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern	130
III. Zweite Stufe: Steuerverteilung unter den Ländern mit Ausgleichsfunktion	131
1. Steuerverteilung unter den Ländern	131
a) Verteilung nach dem örtlichen Aufkommen	131
b) Verteilung nach der Einwohnerzahl	131
2. Ausgleichsfunktion	132
a) Ausgleichsmaßstäbe	132
b) Ausgleichsverfahren mit Zu- und Abschlägen	133
c) Verfassungsrechtliche Grenzen des Ausgleichs	133
IV. Dritte Stufe: Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Finanzausgleichs	135
1. Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen	135
2. Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen	136
a) Extreme Haushaltsnotlage	136
b) Kosten politischer Führung	137
c) Strukturelle Arbeitslosigkeit	137
d) Sonstige Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen	137

3. Weitere Bundesergänzungszuweisungen	138
a) Geringe gemeindliche Steuerkraft	138
b) Unterdurchschnittliche Wissenschaftsförderung	138
V. Exkurs: Sonstige Zuweisungen des Bundes an die Länder	139
1. Investitionshilfen	139
2. Katastrophenhilfen	140
3. Hilfen für kommunale Bildungsinfrastruktur	141
4. Hilfen für sozialen Wohnungsbau	141
5. Sanierungshilfen	141
6. Ausgleich für besondere Belastungen	142
7. Hauptstadtförderung	143
VI. Kritische Würdigung	145
1. Grundsätzliche Notwendigkeit eines Finanzausgleichs	145
2. Ausgestaltung des Finanzausgleichs im Detail	145
3. Weitere Zuweisungen des Bundes	146
VII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	146
Rechtsprechung zu § 11	147
Literatur zu § 11	147
Dritter Teil: Haushaltsrecht	149
§ 12 Grundlagen des Haushaltsrechts	149
I. Begriff und Rechtsnatur des Haushaltsrechts	149
II. Notwendigkeit des Haushaltsrechts	150
III. Kameralistik und Doppik	150
1. Kameralistik	150
2. Doppik	151
IV. Trennung der Haushaltsräume von Bund und Ländern	152
V. Kritische Würdigung	153
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	153
Rechtsprechung zu § 12	153
Literatur zu § 12	154
§ 13 Akteure des Haushaltsrechts	155
I. Bundestag und seine Ausschüsse	155
1. Plenum des Bundestages	155
2. Haushaltsausschuss und Unterausschüsse	156
a) Rechnungsprüfungsausschuss	156
b) Bundesfinanzierungsgremium	156
c) Vertrauensgremium	157
3. Finanzausschuss	157
II. Bundesrat	157

III. Bundesregierung	158
1. Bundesregierung als Kollegium	158
2. Bundeskanzler	158
3. Bundesfinanzminister	158
4. Andere Fachminister	159
IV. Weitere Gremien der Exekutive	159
1. Stabilitätsrat	159
2. Gremium zur Standardisierung des staatlichen Rechnungswesens	160
V. Bundesrechnungshof	160
VI. Bundesbank?	161
VII. Bundesverfassungsgericht	161
VIII. Landesrechtliche Besonderheiten	162
IX. Kritische Würdigung	163
X. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	163
Rechtsprechung zu § 13	164
Literatur zu § 13	164

§ 14 Funktionen, Inhalt und Form des Haushaltsplans 167

I. Funktionen und Wirkungen des Haushaltsplans	167
1. Funktionen des Haushaltsplans	167
2. Wirkungen des Haushaltsplans	168
a) Innerhalb des planenden Hoheitsträgers	168
b) Wirkungen gegenüber anderen Hoheitsträgern	168
c) Wirkungen gegenüber den Bürgern?	168
II. Inhalt und Gliederung des Haushaltsplans	169
1. Einzelpläne	169
2. Gesamtplan	169
3. Anlagen zum Haushaltsplan	170
4. Besonderheiten bei der Doppik	171
III. Arten des Haushaltsplans	171
1. Regulärer und Nachtragshaushalt	171
2. Ein- und mehrjähriger Haushalt	172
3. Teilhaushalte und Einzelhaushalte	172
4. Finanz- und Ergebnishaushalt	172
5. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt	173
IV. Haushaltsplan und Haushaltsgesetz	173
1. Bedeutung des Haushaltsgesetzes	173
2. Inhalt des Haushaltsgesetzes	174
a) Feststellung des Haushaltsplans	174
b) Ermächtigungen an die Exekutive	174
c) Regelungen zur Flexibilisierung	175
d) Personalsbewirtschaftungsvorschriften	176

e) Vorschriften über Beziehungen zu Dritten	177
f) Korrekturvorschriften	177
g) Schlussbestimmungen	177
3. Bepackungsverbot	177
4. Verbot haushaltsrechtlicher Regelungen in anderen Gesetzen?	178
V. Landesrechtliche Besonderheiten	179
VI. Kritische Würdigung	179
VII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	179
Rechtsprechung zu § 14	180
Literatur zu § 14	180
§ 15 Haushaltsgrundsätze	181
I. Begriff der Haushaltsgrundsätze	181
II. Einzelne Haushaltsgrundsätze	181
1. Allgemeine Haushaltsgrundsätze	182
a) Stetige Aufgabenerfüllung	182
b) Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	182
c) Haushaltsausgleich	183
d) Gesamtdeckung	183
e) Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht	184
f) Haushaltsöffentlichkeit	186
2. Veranschlagungsgrundsätze	187
a) Haushaltseinheit und -vollständigkeit	187
b) Haushaltslauterkeit	189
c) Einzelorientierung	190
d) Annuität	190
e) Vorherigkeit	191
f) Sachliche Bindung	191
g) Zeitliche Bindung	192
h) Sonderfälle der Veranschlagung	193
3. Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung	194
a) Allgemeine Buchungsgrundsätze	194
b) Grundsätze für die Buchung dem Grunde nach	195
c) Grundsätze für die Buchung der Höhe nach	195
III. Bedeutung der Haushaltsgrundsätze im Haushaltskreislauf	197
1. Bedeutung bei Aufstellung des Haushalts	197
2. Bedeutung bei Vollzug des Haushalts	197
3. Bedeutung bei Kontrolle des Haushalts	197
IV. Landesrechtliche Besonderheiten	198
V. Kritische Würdigung	199
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	199
Rechtsprechung zu § 15	200
Literatur zu § 15	200

§ 16 Haushaltsausgleich und „Schuldenbremse“	201
I. Exkurs: Vorgängerregelungen	202
1. Ursprungsfassung von 1949 bis 1969	202
2. Regelung von 1969 bis 2009	202
II. Überblick über die grundgesetzliche Regelungssystematik	203
III. „Schuldenbremse“ auf Bundesebene	204
1. Neuverschuldungsverbot	204
2. Ausnahmen vom Neuverschuldungsverbot	205
a) Strukturelle Ausnahme	205
b) Konjunkturbedingte Ausnahme	205
c) Verschuldung in Notsituationen	206
d) Kontrollkonto	208
3. Übergangsregelungen	208
4. Umgehungsmöglichkeiten	209
IV. Vorgaben für die Länder seit 2009	209
1. Neuverschuldungsverbot	209
2. Ausnahmen vom Neuverschuldungsverbot	210
a) Keine strukturelle Ausnahme	210
b) Konjunkturbedingte Ausnahme	210
c) Verschuldung in Notsituationen	211
d) Kontrollkonto?	211
3. Übergangsregelungen	211
a) Übergangszeit	212
b) Konsolidierungshilfen	212
c) Sanierungshilfen	213
4. Umsetzung der Schuldenbremse im Landesrecht	213
V. Exkurs: Haushaltsüberschüsse	215
VI. Europarechtliche Überlagerungen	216
VII. Kritische Würdigung	217
VIII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	218
Rechtsprechung zu § 16	218
Literatur zu § 16	219
§ 17 Überblick über den Haushaltskreislauf	221
I. Aufstellung des Haushalts	222
II. Vollzug des Haushalts	222
III. Kontrolle des Haushaltsvollzugs und Entlastung	222
IV. Verhältnis der Phasen zueinander	223
V. Mittelfristige Finanzplanung	223
VI. Landesrechtliche Besonderheiten	224
VII. Kritische Würdigung	224
VIII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	224
Rechtsprechung zu § 17	225
Literatur zu § 17	225

§ 18 Aufstellung des Haushalts	225
I. Verfahren innerhalb der Bundesregierung	225
II. Beratung und Beschlussfassung des Bundestages	227
III. Beteiligung des Bundesrates	228
IV. Vermittlungsverfahren	228
V. Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens	229
VI. Landesrechtliche Besonderheiten	230
VII. Kritische Würdigung	230
VIII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	230
Rechtsprechung zu § 18	231
Literatur zu § 18	231
§ 19 Vollzug des Haushalts	232
I. Einnahmenseite	232
1. Verpflichtung zur Einziehung der Einnahmen	232
2. Veränderung von Ansprüchen	232
a) Stundung	233
b) Niederschlagung	233
c) Erlass	233
II. Ausgabenseite	234
1. Ermächtigung zu Ausgaben	234
2. Über- und außerplanmäßige Ausgaben	235
3. Haushaltssperre	236
a) Plansperre	236
b) Vollzugssperre	236
c) Konjunkturelle Sperre	237
4. Globale Minder- und Mehrausgaben	238
5. Haushaltsvor- und -rückgriffe	239
6. Bildung und Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	239
a) Rücklagen	240
b) Rückstellungen	240
III. Nachtragshaushalt	241
IV. Einbindung Privater in den Haushaltsvollzug	242
V. Landesrechtliche Besonderheiten	242
VI. Kritische Würdigung	242
VII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	243
Rechtsprechung zu § 19	243
Literatur zu § 19	243

§ 20 Haushaltsloser Zustand	245
I. Vorläufige Haushaltsführung	245
1. Tatbestandliche Voraussetzungen	245
2. Rechtsfolgen der vorläufigen Haushaltsführung	246
a) Einnahmenseite des Haushalts	246
b) Ausgabenseite des Haushalts	246
3. Verhältnis zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben	247
4. Ende der vorläufigen Haushaltsführung	247
II. Weitere Möglichkeiten bei Fehlen eines Haushaltsgesetzes	248
1. Nothaushaltsgesetz	248
2. Haushaltsgesetz im Gesetzgebungsnotstand	249
3. Teilhaushaltsgesetz	249
III. Landesrechtliche Besonderheiten	250
IV. Kritische Würdigung	250
V. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	251
Rechtsprechung zu § 20	251
Literatur zu § 20	251
§ 21 Haushaltsnotlage	252
I. Historischer Hintergrund	252
1. Klagen Bremens und des Saarlands	253
2. Klage Berlins	253
II. Drohende Haushaltsnotlage	254
1. Tatbestandliche Kriterien	254
2. Rechtsfolgen	255
III. Extreme Haushaltsnotlage	256
IV. Sonderregelungen für Bremen und das Saarland	256
V. Überverfassungsrechtliche Haushaltsnotlage?	257
VI. Landesrecht	257
VII. Kritische Würdigung	257
VIII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	258
Rechtsprechung zu § 21	258
Literatur zu § 21	258
§ 22 Rechnungslegung, -prüfung und Entlastung	259
I. Rechnungslegung	259
II. Rechnungsprüfung	260
1. Bundesrechnungshof	260
2. Prüfungsgegenstand	261
a) Zu prüfende Stellen	261
b) Zu prüfende Vorgänge	262
3. Prüfungsmaßstab	262

4. Prüfungsmittel	262
5. Mitteilung der Prüfungsergebnisse	262
III. Entlastung der Bundesregierung	263
1. Verfahren der Entlastung	263
2. Rechtsfolgen der (Nicht-)Entlastung	263
IV. Landesrechtliche Besonderheiten	264
V. Kritische Würdigung	264
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	264
Rechtsprechung zu § 22	265
Literatur zu § 22	265
§ 23 Sicherung der Beachtung des Haushaltsrechts	266
I. Vermögensrechtliche Folgen	266
1. Ansprüche des Bürgers gegen Amts- bzw. Organwalter?	266
2. Ansprüche des Bürgers gegen den Bund?	266
3. Ansprüche des Bundes gegen den Bürger?	267
4. Ansprüche des Bundes gegen Amts- bzw. Organwalter	267
5. Ansprüche des handelnden Amts- bzw. Organwalters gegen den Bund?	268
6. Ansprüche einzelner Amts- bzw. Organwalter gegen die Bürger?	268
II. Strafrechtliche Konsequenzen	269
1. Allgemeiner Teil des Strafgesetzbuchs	269
2. Straftaten im Amt	270
3. Sonstige Delikte mit haushaltsrechtlichem Einschlag	271
III. Disziplinarrechtliche Sicherung	271
1. Dienstvergehen	271
2. Disziplinarmaßnahmen	272
IV. Verhältnis der verschiedenen Folgen zueinander	272
V. Landesrechtliche Besonderheiten	272
VI. Kritische Würdigung	273
VII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	273
Rechtsprechung zu § 23	274
Literatur zu § 23	274
Vierter Teil: Staatliches Vermögen	275
§ 24 Grundlagen des staatlichen Vermögensrechts	275
I. Begriff und Gegenstand des öffentlichen Vermögensrechts	275
II. Kritische Würdigung	275
III. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	275
Rechtsprechung zu § 24	276
Literatur zu § 24	276

§ 25 Öffentliche Sachen	276
I. Begriff der öffentlichen Sache	276
II. Arten öffentlicher Sachen nach ihrem Zweck	277
1. Öffentliche Sachen im Gemeingebrauch	277
a) Regulärer Gemeingebrauch	277
b) Anliegergemeingebrauch	278
c) Kommunikativer Gemeingebrauch	278
d) Sondernutzung	278
2. Öffentliche Sachen im Sondergebrauch	278
3. Öffentliche Sachen im Anstaltsgebrauch	279
4. Öffentliche Sachen im Verwaltungsgebrauch	279
5. Res extra commercium	280
III. Veränderung des Status öffentlicher Sachen	280
IV. Öffentliche Sachen im Rechtsverkehr	282
V. Nutzung öffentlicher Sachen	282
1. Nutzungsansprüche	283
a) Nutzungsansprüche kraft Gesetzes	283
b) Nutzungsansprüche aus der Widmung	284
c) Nutzungsansprüche aus allgemeinem Gleichheitssatz	284
d) Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung	284
2. Einwirkungsanspruch	284
3. Ansprüche auf Bereitstellung der Kapazität?	285
VI. Kritische Würdigung	285
VII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	285
Rechtsprechung zu § 25	286
Literatur zu § 25	286
§ 26 Ausgegliederte Vermögensmassen	287
I. Grundlagen	287
II. Rücklagen	288
III. Sondervermögen	289
IV. Öffentlich-rechtliche Stiftungen	291
V. Staatsfonds	292
VI. Kritische Würdigung	294
VII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	294
Rechtsprechung zu § 26	295
Literatur zu § 26	295
§ 27 Öffentliche Unternehmen	296
I. Grundlagen	296
II. Voraussetzungen wirtschaftlicher Betätigung der öffentlichen Hand	297
1. Wichtiges Interesse	297

2. Beschränkung der Haftung	298
3. Sicherung des staatlichen Einflusses	298
4. Bilanzierungsregeln	299
5. Staatlicher Bedarf und Leistungsfähigkeit?	299
6. Gebietsbezug?	300
7. Subsidiarität gegenüber privatem Engagement?	300
III. Rechtsformen öffentlicher Unternehmen	301
1. Öffentlich-rechtliche Organisationsformen	301
a) Eigenbetrieb	301
b) Anstalt öffentlichen Rechts	302
c) Sondergesetzliche Formen	302
2. Privatrechtliche Organisationsformen	303
a) GmbH	303
b) Aktiengesellschaft	303
c) Sonstige privatrechtliche Organisationsformen	304
3. Konzernstrukturen	304
IV. Privatisierung und Verstaatlichung	305
1. Formen der Privatisierung	305
2. Formen der Verstaatlichung	305
3. Grundgesetzliche Kriterien der Privatisierung?	306
V. Public-Private-Partnerships	306
1. Vor- und Nachteile	307
2. Verschiedene Modelle der Public-Private-Partnerships	308
a) Inhabermodell	308
b) Erwerbermodell	308
c) Leasingmodell	308
d) Mietmodell	309
e) Betriebsführungsmodell	309
f) Betriebsüberlassungsmodell	309
g) Betreibermodell	309
h) Konzessionsmodell	309
i) Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	309
VI. Steuerrechtliche Behandlung öffentlicher Unternehmen	310
1. Körperschaftsteuer	310
2. Umsatzsteuer	311
3. Gewerbesteuer	312
4. Grundsteuer	312
VII. Europarechtliche Zulässigkeit	312
1. Eigentum an öffentlichen Unternehmen	313
2. Privatisierungsgebote?	313
3. Beihilferechtliche Zulässigkeit, Art. 101 ff. AEUV	313
4. Grundfreiheiten	314
VIII. Kriterien der Wahl der passenden Unternehmensform	314
IX. Kritische Würdigung	314

X. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	315
Rechtsprechung zu § 27	316
Literatur zu § 27	316
§ 28 Öffentliche Schulden	317
I. Grundlagen der Staatsverschuldung	317
1. Ursachen der Staatsverschuldung	317
2. Verteilungswirkungen	317
a) Interne Verteilung	318
b) Externe Verteilung	318
c) Zeitliche Verteilung	318
3. Bewertungen der Staatsverschuldung	318
II. Arten der Schulden	319
1. Einteilung nach Rechtsnatur	319
2. Einteilung nach Schuldner	321
3. Einteilung nach Gläubigern	321
4. Einteilung nach Laufzeit	321
5. Einteilung nach Verzinsung	322
6. Offene und verdeckte Verschuldung	322
III. Rechtliche Bedeutung der Schulden	322
1. Haushaltskreislauf	322
2. Haushaltsnotlage	323
3. Verhältnis zur Schuldenbremse	323
IV. Pflicht zur Schuldentilgung?	323
V. Schuldentragfähigkeit	324
1. Bedeutung der Schuldentragfähigkeit	325
2. Kennzahlen der öffentlichen Verschuldung	325
a) Struktureller Finanzierungssaldo	326
b) Kreditfinanzierungsquote	326
c) Zins-Steuer-Quote	326
d) Relativer Schuldenstand	326
e) Weitere Kennzahlen?	327
f) Maßstäbe und Folgerungen	327
VI. Staatsbankrott	327
VII. Verwaltung der Schulden	329
VIII. Kritische Würdigung	329
IX. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	330
Rechtsprechung zu § 28	330
Literatur zu § 28	330

§ 29 Bilanzierung	331
I. Grundlagen	331
II. Einzelne Bilanzierungsgrundsätze	332
III. Aufbau der Bilanz	333
IV. Bedeutung einer Bilanz	335
V. Kritische Würdigung	336
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	336
Rechtsprechung zu § 29	337
Literatur zu § 29	337
Fünfter Teil: Kommunales Finanzrecht	339
§ 30 Kommunale Aufgaben	339
I. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	339
II. Arten kommunaler Aufgaben	341
1. Aufgaben des eigenen Wirkungskreises	341
2. Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	342
3. Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung	342
III. Organleihe	343
IV. Aufgabenverteilung zwischen kreisangehörigen Gemeinden und dem Landkreis	343
V. Privatisierung und Kommunalisierung	344
VI. Kritische Würdigung	345
VII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	345
Rechtsprechung zu § 30	345
Literatur zu § 30	346
§ 31 Kommunale Aufwendungen	346
I. Grundlagen	346
II. Finanzierungskompetenz	347
III. Arten kommunaler Aufwendungen	347
1. Verwaltungsaufwendungen	347
2. Finanzaufwendungen	348
3. Aufwendungen für die öffentliche Sicherheit	348
4. Aufwendungen für Ver- und Entsorgung	349
5. Aufwendungen für sonstige öffentliche Einrichtungen	349
6. Aufwendungen für soziale Belange	349
7. Aufwendungen im Gesundheitsbereich	350
8. Aufwendungen für Bildung und Kultur	350
9. Aufwendungen für Bauen und Umwelt	351
10. Aufwendungen im Verkehrsbereich	351
11. Aufwendungen für Wirtschaftsförderung	351

IV. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	352
Rechtsprechung zu § 31	352
Literatur zu § 31	352
§ 32 Kommunale Erträge	352
I. Grundlagen	352
II. Steuern	353
III. Umlagen	354
IV. Beiträge	355
V. Gebühren	356
VI. Abschöpfungsabgaben	357
VII. Sonderabgaben	357
VIII. Sonstige Abgaben?	358
IX. Zuweisungen	358
X. Sanktionszahlungen	359
XI. Erträge aus wirtschaftlicher Betätigung	359
1. Öffentlich-rechtliche wirtschaftliche Betätigung	359
2. Privatrechtliche wirtschaftliche Betätigung	359
XII. Kreditaufnahme	360
XIII. Sonstige Erträge	361
XIV. Verhältnis der Erträge zueinander	362
XV. Kritische Würdigung	362
XVI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	362
Rechtsprechung zu § 32	363
Literatur zu § 32	363
§ 33 Kommunalen Finanzausgleich und Mehrbelastungsausgleich	364
I. Grundlagen	364
II. Gewichteter Bedarf	365
1. Herkömmlicher Ansatz der Einwohnerorientierung	365
2. Moderner Ansatz der Aufgabenorientierung	366
III. Gewichtete Leistungsfähigkeit	367
IV. Teilweiser Ausgleich der Deckungslücke	367
V. Mehrbelastungsausgleich	368
VI. Kritische Würdigung	369
VII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	369
Rechtsprechung zu § 33	369
Literatur zu § 33	370

§ 34 Kommunalen Haushalt	371
I. Doppik	371
1. Ergebniskomponente	371
2. Finanzaspekte	372
3. Bilanzen	372
4. Kosten- und Leistungsrechnung	372
II. Haushaltsgrundsätze	373
III. Insbesondere Haushaltsausgleich	374
1. Formeller und materieller Haushaltsausgleich	374
2. Einfachgesetzliche Schranken der Kreditaufnahme	374
3. Anwendung der „Schuldenbremse“?	376
4. Europarechtliche Vorgaben	376
IV. Haushaltsplan und Haushaltssatzung	376
1. Haushaltsplan	377
2. Hebesätze der Abgaben	377
3. Kreditaufnahme und Verpflichtungsermächtigungen	377
4. Wertgrenzen	378
5. Weitere Bestandteile der Haushaltssatzung	378
V. Haushaltskreislauf	379
1. Haushaltsaufstellung	379
a) Verfahren innerhalb der Verwaltung	379
b) Beratung und Beschlussfassung der kommunalen Vertretungskörperschaft	379
c) Abschluss des Satzungsgebungsverfahrens	380
2. Haushaltsvollzug	380
a) Ertragsseite	380
b) Aufwendungsseite	380
c) Nachtragshaushalt	381
3. Haushaltskontrolle	381
a) Rechnungslegung	381
b) Rechnungsprüfung	382
c) Entlastung	383
4. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung	383
VI. Haushaltsloser Zustand	384
VII. Haushaltsnotlage	385
VIII. Kritische Würdigung	385
IX. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	386
Rechtsprechung zu § 34	386
Literatur zu § 34	387

§ 35 Kommunales Vermögen	387
I. Öffentliche Sachen	387
II. Ausgegliederte Vermögensmassen	388
1. Rücklagen	388
2. Sondervermögen	389
3. Treuhandvermögen	389
4. Stiftungen im kommunalen Bereich	389
III. Kommunale Schulden	390
1. Ursachen der kommunalen Verschuldung	390
2. Arten kommunaler Schulden	391
3. Rechtliche Bedeutung kommunaler Schulden	391
4. Pflicht zur Schuldentilgung?	392
5. Schuldentragfähigkeit	392
6. Kommunale Insolvenz?	393
IV. Bilanzierung	394
V. Kritische Würdigung	395
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	395
Rechtsprechung zu § 35	395
Literatur zu § 35	396
§ 36 Kommunale Unternehmen	396
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	396
II. Voraussetzungen kommunaler wirtschaftlicher Tätigkeit	397
1. Öffentlicher Zweck	397
2. Bedarf und Leistungsfähigkeit	398
3. Subsidiarität	398
4. Gebietsbezug	398
III. Arten kommunaler Unternehmen	400
1. Öffentlich-rechtliche Unternehmen	400
a) Regiebetrieb	400
b) Eigenbetrieb	400
c) Kommunale Anstalt öffentlichen Rechts	401
d) Zweckverband	402
2. Privatrechtliche Unternehmen	403
a) GmbH	404
b) Aktiengesellschaft	404
c) Sonstige privatrechtliche Unternehmensformen	405
3. Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	405
4. Kommunales Konzernrecht	406
IV. Privatisierung und Rekommunalisierung	406
V. Steuerrechtliche Behandlung kommunaler Wirtschaftstätigkeit	407
VI. Gewinn der kommunalen Unternehmen	407

VII. Kritische Würdigung	408
VIII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	409
Rechtsprechung zu § 36	409
Literatur zu § 36	410
§ 37 Verbindungen zwischen der kommunalen und der staatlichen Ebene	412
I. Verknüpfungen zwischen einem Land und seinen Kommunen	412
1. Aufgaben	412
2. Ausgaben	413
3. Einnahmen	413
4. Finanzausgleich und Konnexität	413
5. Garantie der kommunalen Selbstverwaltung	414
6. Entstehen des Landes für die Kommunen	414
II. Beziehungen zwischen dem Bund und den Kommunen	415
1. Aufgaben	416
2. Ausgaben	416
3. Einnahmen	416
4. Finanzausgleich und Konnexität	417
5. Garantie der kommunalen Selbstverwaltung	417
6. Entstehen des Bundes für die Kommunen?	418
III. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	419
1. Aufgaben	419
2. Ausgaben	420
3. Einnahmen	420
4. Kredite und Schuldenbremse	420
5. Finanzausgleich	420
6. Konnexitätsprinzip	421
7. Haushaltssystematik	421
IV. Kritische Würdigung	421
V. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	422
Rechtsprechung zu § 37	422
Literatur zu § 37	422
Sechster Teil: Finanzrecht der Sozialversicherungen	425
§ 38 Aufgaben der Sozialversicherungen	425
I. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	425
1. Garantie der Sozialversicherungen?	425
2. Sozialstaatsprinzip und Menschenwürde	426
3. Weitere verfassungsrechtliche Regelungen sozialrechtlichen Inhalts	427

II. Arten sozialversicherungsrechtlicher Aufgaben	427
1. Eigene sozialversicherungsrechtlicher Aufgaben	427
2. Übertragene staatliche Aufgaben	428
3. Aufgabenfindungsrecht?	428
III. Aufgabenverteilung zwischen den Sozialversicherungen	428
1. Einteilung nach Versicherungszweigen	428
2. Weitere Einteilungen	428
a) Krankenversicherung	429
b) Pflegeversicherung	429
c) Rentenversicherung	429
d) Unfallversicherung	430
e) Arbeitslosenversicherung	430
IV. Organleihe	431
V. Kritische Würdigung	431
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	431
Rechtsprechung zu § 38	432
Literatur zu § 38	432
§ 39 Ausgaben der Sozialversicherungen	433
I. Grundlagen	433
II. Arten von Ausgaben	434
1. Verwaltungsausgaben	434
2. Zweckausgaben	434
3. Weitere Ausgaben	434
III. Kritische Würdigung	435
IV. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	435
Rechtsprechung zu § 39	435
Literatur zu § 39	435
§ 40 Einnahmen der Sozialversicherungen	436
I. Grundlagen	436
II. Sozialversicherungsbeiträge	436
III. Sonstige Abgaben?	437
1. Gebühren	437
2. Umlagen	438
3. Steuern?	438
IV. Zuweisungen	438
V. Erstattungen	439
VI. Sanktionszahlungen?	440
VII. Einnahmen aus wirtschaftlicher Betätigung	440
VIII. Entnahme aus Rücklagen	440
IX. Kreditaufnahme?	441
X. Sonstige Einnahmen	442

XI. Verhältnis der Einnahmen zueinander	442
XII. Kritische Würdigung	442
XIII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	443
Rechtsprechung zu § 40	443
Literatur zu § 40	443
§ 41 Finanzausgleich der Sozialversicherungen	444
I. Grundlagen	444
II. Ausgleichsregelungen in der gesetzlichen Krankenversicherung	445
III. Ausgleichsregelungen in der gesetzlichen Pflegeversicherung?	445
IV. Ausgleichsregelungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	446
V. Ausgleichsregelungen in der gesetzlichen Unfallversicherung	446
VI. Ausgleichsregelungen in der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung?	447
VII. Kritische Würdigung	447
VIII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	447
Rechtsprechung zu § 41	447
Literatur zu § 41	448
§ 42 Haushalt der Sozialversicherungen	448
I. Grundlagen	448
II. Haushaltsgrundsätze	448
III. Insbesondere Haushaltsausgleich	450
IV. Haushaltsplan und Haushaltsbeschluss	451
1. Haushaltsplan	451
2. Hebesätze?	451
3. Kreditaufnahme und Verpflichtungsermächtigungen	452
4. Wertgrenzen?	452
5. Weitere Bestandteile des Haushaltsbeschlusses?	452
V. Haushaltskreislauf	452
1. Haushaltsaufstellung	453
a) Verfahren innerhalb der Verwaltung	453
b) Beratung und Beschlussfassung der Vertretungskörperschaft	453
c) Abschluss des Aufstellungsverfahrens	453
2. Haushaltsvollzug	454
a) Einnahmenseite	454
b) Ausgabenseite	454
c) Nachtragshaushalt	454
3. Haushaltskontrolle	454
a) Rechnungslegung	455
b) Rechnungsprüfung	455
c) Entlastung	455
4. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung?	455

VI. Haushaltsloser Zustand	455
VII. Haushaltsnotlage	456
VIII. Kritische Würdigung	456
IX. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	457
Rechtsprechung zu § 42	457
Literatur zu § 42	457

§ 43 Vermögen der Sozialversicherungen 458

I. Verschiedene Vermögensmassen	458
1. Betriebsmittel	458
2. Rücklagen	459
3. Sondervermögen	460
4. Verwaltungsvermögen	460
II. Schulden der Sozialversicherungen?	461
III. Bilanzierung?	461
IV. Kritische Würdigung	461
V. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	462
Rechtsprechung zu § 43	462
Literatur zu § 43	462

§ 44 Verbindungen zwischen der sozialversicherungsrechtlichen und der staatlichen Ebene 463

I. Verknüpfungen zwischen dem Bund und den Sozialversicherungsträgern	463
1. Aufgaben	463
2. Ausgaben	463
3. Einnahmen	464
4. Finanzausgleich und Konnexität	464
5. Garantie der Finanzhoheit der Sozialversicherungen?	464
6. Entstehen des Bundes für die Sozialversicherungen?	465
II. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	465
1. Aufgaben	465
2. Ausgaben	466
3. Einnahmen	466
4. Insbesondere Kreditaufnahme	466
5. Finanzausgleich	466
6. Konnexitätsprinzip	467
7. Haushaltssystematik	467
III. Kritische Würdigung	467
IV. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	467
Rechtsprechung zu § 44	468
Literatur zu § 44	468

Siebenter Teil: Europäisches Finanzrecht	469
§ 45 Grundlagen des europäischen öffentlichen Finanzrechts	469
I. Begriff und Gegenstand des europäischen öffentlichen Finanzrechts	469
II. Stellung der Europäischen Union	469
III. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	469
Rechtsprechung zu § 45	470
Literatur zu § 45	470
§ 46 Ausgaben der Europäischen Union	471
I. Einzelne Rubriken des mehrjährigen Finanzrahmens	471
1. Nachhaltiges Wachstum	471
2. Natürliche Ressourcen	471
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit, Recht	471
4. Europäische Union als globaler Partner	472
5. Verwaltungsausgaben und Ausgleichszahlungen	472
II. Vergleich mit deutschen Regelungen und kritische Würdigung . .	472
III. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	472
Rechtsprechung zu § 46	473
Literatur zu § 46	473
§ 47 Einnahmen der Europäischen Union	473
I. Traditionelle Eigenmittel	473
II. Kunststoffabfall-Eigenmittel	474
III. Umsatzsteueranteil	474
IV. Beiträge nach Bruttonationaleinkommen	474
V. Restliche Einnahmen	474
VI. Eigene EU-Steuern?	475
VII. Kreditaufnahme	475
1. Reguläre Kreditaufnahme?	475
2. Next Generation EU	475
VIII. Rabatte	477
IX. Vergleich mit deutschen Regelungen und kritische Würdigung . .	477
X. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	478
Rechtsprechung zu § 47	478
Literatur zu § 47	478
§ 48 Haushaltsgrundsätze der Europäischen Union	479
I. Allgemeine Haushaltsgrundsätze	479
II. Veranschlagungsgrundsätze	480
III. Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung . .	482
IV. Vergleich mit deutschen Regelungen und kritische Würdigung . .	482

V. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	482
Rechtsprechung zu § 48	483
Literatur zu § 48	483
§ 49 Haushaltskreislauf der Europäischen Union	483
I. Mehrjähriger Finanzrahmen	483
II. Aufstellung des Jahreshaushaltsplans	484
1. Aufstellung des Jahreshaushaltsplans durch EU-Kommission	484
2. Erste Beteiligung des Rates	485
3. Erste Lesung im Europäischen Parlament	485
4. Vermittlungsverfahren	485
5. Erneute Beteiligung von Rat und Parlament	486
6. Feststellung des Parlamentspräsidenten	487
7. Weiteres Vorgehen bei Scheitern des Verfahrens	487
III. Vollzug des Jahreshaushaltsplans	487
IV. Kontrolle des Vollzugs des Jahreshaushaltsplans	488
1. Berichterstattung über den Haushaltsvollzug	488
2. Kontrollinstitutionen	488
a) Interne Prüfstellen	488
b) Interner Auditdienst	489
c) Europäischer Rechnungshof	489
3. Entlastung der Kommission	489
V. Vergleich mit deutschen Regelungen und kritische Würdigung	490
VI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	490
Rechtsprechung zu § 49	491
Literatur zu § 49	491
§ 50 Währungsrecht und Bankenaufsicht	491
I. Organisation des Zentralbankensystems	491
1. Europäische Zentralbank	492
2. Nationale Zentralbanken	493
3. Europäisches System der Zentralbanken	493
II. Aufgaben der Zentralbanken	493
1. Preisstabilität	493
2. Unterstützung der Wirtschaftspolitik	494
3. Weitere zentralbanktypische Aufgaben	494
4. Bankenaufsicht	494
5. Bekämpfung des Klimawandels	495
III. Mittel und Grenzen der Zentralbanken	496
1. Mindestreserveverpflichtung	496
2. Offenmarktgeschäfte	496
a) Kreditvergabe durch die EZB	496
b) Ankäufe von Anleihen durch die EZB	497

3. Ständige Fazilitäten	499
a) Einlagefazilität	499
b) Spitzenrefinanzierungsfazilität	499
4. Emergency Liquidity Assistance	500
IV. Kritische Würdigung	500
V. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	501
Rechtsprechung zu § 50	501
Literatur zu § 50	501
§ 51 Weitere Einwirkungen des europäischen Finanzrechts auf die Mitgliedstaaten	502
I. Unionstreue	502
II. Bindung an die haushaltsrechtlichen Vorschriften	502
III. Betrugsbekämpfung	503
IV. Rechtsstaatsmechanismus	503
V. Erbringung der Mittel an die Europäischen Union	504
VI. Verpflichtung zur Übernahme des Euro	504
VII. Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite	504
VIII. Finanzieller Beistand	506
IX. Kritische Würdigung	506
X. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	507
Rechtsprechung zu § 51	507
Literatur zu § 51	507
§ 52 Bewältigung der Finanzkrise	508
I. Europäische Finanzkrise	508
II. Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus	509
III. Europäische Finanzstabilisierungsfazilität	509
IV. Europäischer Stabilisierungsmechanismus	510
V. Europäischer Fiskalpakt	512
VI. Kritische Würdigung	513
VII. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	513
Rechtsprechung zu § 52	513
Literatur zu § 52	514
Achter Teil: Rechtsschutz im öffentlichen Finanzrecht	517
§ 53 Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz	517
I. Hauptsacheverfahren	517
1. Abstrakte Normenkontrolle	517
a) Zulässigkeit	517

b) Begründetheit	518
c) Rechtsfolgenausspruch	519
2. Organstreit	519
a) Zulässigkeit	519
b) Begründetheit	521
c) Rechtsfolgenausspruch	521
3. Andere Hauptsacheverfahren	521
a) Bund-Länder-Streit	521
b) Individualverfassungsbeschwerde	522
c) Kommunalverfassungsbeschwerde	522
II. Vorläufiger Rechtsschutz	522
1. Zulässigkeit einer einstweiligen Anordnung	522
a) Statthaftigkeit einer einstweiligen Anordnung	523
b) Antragsteller	523
c) Antragsgegner?	523
d) Antragsgegenstand	524
e) Antragsbefugnis?	524
f) Form und Frist	524
g) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	524
h) Keine Vorwegnahme der Hauptsache	525
2. Begründetheit einer einstweiligen Anordnung	525
a) Folgenabwägung	525
b) Zum gemeinen Wohl dringend geboten	526
3. Rechtsfolgenausspruch	526
4. Rechtsbehelfe gegen eine einstweilige Anordnung	526
III. Landesrechtliche Besonderheiten	526
IV. Kritische Würdigung	527
V. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	527
Rechtsprechung zu § 53	527
Literatur zu § 53	528

§ 54 Rechtsschutz vor den Gerichten der Europäischen Union 529

I. Hauptsacheverfahren	529
1. Nichtigkeitsklage	529
a) Klage privilegierter Kläger	529
b) Klage teilprivilegierter Kläger	530
c) Klage nichtprivilegierter Kläger	530
2. Vertragsverletzungsverfahren	530
a) Vertragsverletzungsverfahren der Kommission	530
b) Vertragsverletzungsverfahren anderer Mitgliedstaaten	531
3. Schiedsverfahren	531
4. Sonstige Hauptsacheverfahren	531
II. Vorläufiger Rechtsschutz	532

III. Kritische Würdigung	533
IV. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	533
Rechtsprechung zu § 54	534
Literatur zu § 54	534
Neunter Teil: Ausblick	535
§ 55 Zukunft des öffentlichen Finanzrechts	535
I. Verselbstständigung des Rechtsgebiets	535
II. Schritte zur Kodifizierung?	535
III. Wandel der Regelungsformen	536
IV. Einführung der Doppik	536
V. Weg zur Flexibilisierung	536
VI. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit	537
VII. Prozess der Entparlamentarisierung	537
VIII. Vorgang der Entföderalisierung	537
IX. Europäisierung des öffentlichen Finanzrechts	538
X. Weiterentwicklung des Rechtsschutzes	538
XI. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen	539
Rechtsprechung zu § 55	539
Literatur zu § 55	539
Verzeichnis finanzrechtlicher Gerichtsentscheidungen	541
I. Grundlagen der Finanzverfassung und Finanzausgleich	541
II. Finanzaufweisungen	546
III. (Steuer-)Gesetzgebungskompetenzen und Steuerarten	546
IV. Steuerverwaltung	550
V. Verfassungsrechtliche Bezüge des Steuerrechts	551
VI. Nichtsteuerliche Abgaben	555
VII. Haushaltsrecht	563
VIII. Europäische Bezüge	570
Register	577

Allgemeine Literatur

I. Neuere Lehrbücher und Monographien

- Burgi, Martin*, Vergaberecht, 3. Auflage, München, 2021
- Gröpl, Christoph*, Haushaltsrecht und Reform. Dogmatik und Möglichkeiten der Fortentwicklung der Haushaltswirtschaft durch Flexibilisierung, Dezentralisierung, Budgetisierung, Ökonomisierung und Fremdfinanzierung, Tübingen, 2001
- Häde, Ulrich*, Finanzausgleich. Die Verteilung der Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen im Recht der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Tübingen, 1996
- Hahn, Hugo J./Häde, Ulrich*, Währungsrecht, 2. Auflage, München, 2010
- Hartl, Florian*, Die Treuhandanstalt im System der Finanzverfassung des Grundgesetzes, Frankfurt am Main u. a., 1995
- Heller, Robert F.*, Haushaltsgrundsätze für Bund, Länder und Gemeinden, 2. völlig neubearbeitete Auflage, Heidelberg, 2010
- Henneke, Hans-Günter*, Öffentliches Finanzwesen. Finanzverfassung, 2. völlig neubearbeitete Auflage, Heidelberg, 2000
- Heun, Werner*, Staatshaushalt und Staatsleitung. Das Haushaltsrecht im parlamentarischen Regierungssystem des Grundgesetzes, Baden-Baden, 1989
- Höfling, Wolfram*, Staatsschuldenrecht. Rechtsgrundlagen und Rechtsmaßstäbe für die Staatsschuldenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg, 1993
- Hummel, Lars*, Verfassungsrechtsfragen der Verwendung staatlicher Einnahmen. Zugleich ein Beitrag zum Finanz- und Haushaltsverfassungsrecht, Berlin, 2008
- Jahndorf, Christian*, Grundlagen der Staatsfinanzierung durch Kredite und alternative Finanzierungsformen im Finanzverfassungs- und Europarecht. Formenstrenge und Gestaltungsspielräume im Haushalts- und Staatsschuldenrecht sowie Reformüberlegungen unter Einbeziehung der Haushaltssysteme Frankreichs und Englands, Heidelberg, 2003
- Jarass, Hans D.*, Nichtsteuerliche Abgaben und lenkende Steuern unter dem Grundgesetz, Köln, 1999
- Kesper, Irene*, Bundesstaatliche Finanzordnung, Baden-Baden, 1998
- Kilian, Michael*, Nebenhaushalte des Bundes, Berlin, 1993
- Kirchhof, Ferdinand*, Grundriß des Steuer- und Abgabenrechts, 2. Auflage, Heidelberg, 2001
- Klein, Franz* (Hrsg.), Öffentliches Finanzrecht, 2. Auflage, Köln, 1993
- Kloepfer, Michael*, Finanzverfassungsrecht mit Haushaltsverfassungsrecht, München, 2014
- Korioth, Stefan*, Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, Tübingen, 1997
- Kube, Hanno*, Finanzgewalt in der Kompetenzordnung, Tübingen, 2004
- Maier-Bledjian, Larissa*, Sondervermögen des Bundes, Frankfurt am Main, 2011
- Müller, Hans-Martin/Richter, Bettina/Ziekow, Jan*, Handbuch Zuwendungsrecht, München, 2017
- Noll, Michael*, Haushalt und Verfassung, Stuttgart u. a., 2000
- Ohler, Christoph*, Unkonventionelle Geldpolitik, Tübingen, 2021
- Publ, Thomas*, Budgetflucht und Haushaltsverfassung, Tübingen, 1996
- Reus, Andreas/Mühlhausen, Peter*, Haushaltsrecht in Bund und Ländern, München, 2014
- Sacksofsky, Ute*, Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. Zugleich ein Beitrag zur Geltung des Steuerstaatsprinzips, Tübingen, 2000

- Sauerland, Thomas/Menzel, Kai*, Öffentliche Finanzwirtschaft. Eine systematische Darstellung, Stuttgart, 2022
- Schmehl, Arndt*, Das Äquivalenzprinzip im Recht der Staatsfinanzierung, Tübingen, 2004
- Schuy, Johannes* (Hrsg.), Haushaltsrecht, Vorschriftenammlung, 32. Auflage, Heidelberg, 2022
- Siekmann, Helmut*, Die Staatsfinanzierung nach dem Grundgesetz. Allgemeine Lehren, Bochum, 2005
- Staudacher, Richard*, Verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Sonderabgaben, Berlin, Heidelberg, 2004
- Tappe, Henning*, Das Haushaltsgesetz als Zeitgesetz. Zur Bedeutung der zeitlichen Bindungen für das Haushalts- und Staatsschuldenrecht, Berlin, 2008
- Tappe, Henning/Wernsmann, Rainer*, Öffentliches Finanzrecht, 2. Auflage, Heidelberg, 2019
- Trapp, Georg*, Das Veranlassungsprinzip in der Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 1997
- Weigel, Cosmas*, Die Kreditautonomie von Gliedstaaten und ihre Beschränkung, Berlin, 2020
- Westemeier, Antonius/Wiesner, Herbert*, Das staatliche Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen. Ein Grundriss für die öffentliche Verwaltung in Bund und Ländern, 9. Auflage, Heidelberg, 2012
- Wiesner, Herbert/Leibinger, Bodo/Züll, Bernd*, Öffentliche Finanzwirtschaft, 15. Auflage, Heidelberg, 2021

II. Historische Lehrbücher und Monographien

- Czoernig, Carl Freiherr von*, Darstellung der Einrichtungen über Budget, Staatsrechnung und Kontrolle, Wien, 1866
- Fögen, Hermann*, Geld- und Währungsrecht, München, 1969
- Friauf, Karl Heinrich*, Der Staatshaushaltsplan im Spannungsfeld zwischen Parlament und Regierung, Bad Homburg v. d. H. u. a., 1968
- Gneist, Rudolf*, Budget und Gesetz nach dem constitutionellen Staatsrecht Englands mit Rücksicht auf die deutsche Reichsverfassung, Berlin, 1867
- Grabower, Rolf*, Preußens Steuern vor und nach den Befreiungskriegen, Berlin, 1932
- Hausßmann, Fritz*, Der Rechtsgrundsatz der Gleichmäßigkeit im Preußischen Kommunalabgabenrecht und seine Verletzung als Ungültigkeitsgrund kommunaler Abgabenordnungen und Steuervereinbarungen, Berlin, 1917
- Heinig, Kurt*, Das Budget, Bd. 1, Die Budgetkontrolle, Tübingen, 1949; Bd. 2, Das Budgetwesen, Tübingen, 1951; Bd. 3, Inhalts-, Sach- und Namensverzeichnis, Tübingen, 1951
- Hensel, Albert*, Der Finanzausgleich im Bundesstaat in seiner staatsrechtlichen Bedeutung, Berlin, 1922
- Köttgen, Arnold*, Fondsverwaltung in der Bundesrepublik. Zur Rolle des Haushalts in einem Verwaltungsstaat, Stuttgart, 1965
- Krüger-Spitta, Wolfgang/Bronk, Horst*, Einführung in das Haushaltsrecht und die Haushaltspolitik, Darmstadt, 1973
- Laband, Paul*, Das Budgetrecht nach den Bestimmungen der Preußischen Verfassungs-Urkunde unter Berücksichtigung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, Berlin, 1871
- Markull, Wilhelm*, Kommentar zum Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Berlin, 1923
- Pagenkopf, Hans*, Der Finanzausgleich im Bundesstaat – Theorie und Praxis –, Stuttgart u. a., 1981
- Pätzig, Werner*, Haushaltsrecht des Bundes und der Länder, Baden-Baden, 1981

Popitz, Johannes, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Berlin, 1932

Reichard, Ernst, Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden: Kommentar nebst einem Grundrisse des Reichshaushaltsrechts, bearb. von Reichard, Hans, 2. Auflage, Berlin, 1935

Reuter, Fritz, Öffentliches Haushaltsrecht, Stuttgart, Düsseldorf, 1949

Rzepka, Walter, Staatliches Haushaltsrecht, München, 1984

Schulze, Rudolf/Wagner, Erich, Rechnungslegungsordnung für das Reich vom 3. Juli 1929 (RRO), Neudruck der 2., vollständig durchgesehenen und erweiterten Auflage, 1952

Schulze, Rudolf/Wagner, Erich, Reichshaushaltsordnung, 3. Auflage, Neudruck, 1995

Schulze, Rudolf/Wagner, Erich, Reichskassenordnung vom 6. August 1927, Neudruck, 1952

Seidler, Gustav, Budget und Budgetrecht im Staatshaushalte der constitutionellen Monarchie, Wien, 1885

Strickrodt, Georg, Finanzrecht. Grundriß und System, Berlin, 1975

Vialon, Friedrich Karl, Haushaltsrecht. Systematische Einführung. Übersicht über das Haushaltsrecht des Bundes, der Länder u. Gemeinden. Kommentar zur Haushaltsordnung (RHO), 2. Auflage, Berlin, 1959

Wawerla, Wilhelm/Ambrosius, Laurenz, Das Haushaltsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Reichshaushaltsordnung vom 31.12.1922, 2. Auflage, Düsseldorf, 1958

Ziegler, Eugen Max von, Die Praxis des Bayerischen Budgetrechtes, München, 1905

III. Kommentare

1. Grundgesetz

Dreier, Horst (Hrsg.), Grundgesetz, Bd. 3, 3. Auflage, Tübingen, 2018

Dürig, Günter (Begr.)/*Herzog, Roman/Scholz, Rupert* (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Loseblattwerk, 98. Ergänzungslieferung, München

Jarass, Hans D./Piero, Bodo (Begr.), Grundgesetz, 17. Auflage, München, 2022

Kahl, Wolfgang/Waldhoff, Christian/Walter, Christian (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Loseblattwerk, 216. Ergänzungslieferung, Heidelberg

Mangoldt, Hermann von/Klein, Friedrich/Starck, Christian, Grundgesetz, Kommentar, herausgegeben von Huber, Peter M./Voßkuhle, Andreas, Bd. 3, 7. Auflage, München, 2018

Münch, Ingo von/Kunig, Philip (Begr.), Grundgesetz, Kommentar, herausgegeben von Kämmerer, Jörn-Axel/Kotzur, Markus, Bd. 2, 7. Auflage, München, 2021

Sachs, Michael (Hrsg.), Grundgesetz, Kommentar, 9. Auflage, München, 2021

Schmidt-Bleibtreu, Bruno/Hofmann, Hans/Henneke, Hans-Günter, Grundgesetz, 15. Auflage, Köln, 2021

2. Bundshaushaltsordnung

Dittrich, Norbert, Bundshaushaltsordnung mit Schwerpunkt Zuwendungsrecht, Kommentar, Loseblattwerk, 63. El., München, 2022

Gröpl, Christoph (Hrsg.), Bundshaushaltsordnung/Landshaushaltsordnung (BHO/LHO). Staatliches Haushaltsrecht, 2. Auflage, München, 2019

Heuer, Ernst (Begr.)/*Scheller, Kay* (Hrsg.), Kommentar zum Haushaltsrecht und der Vorschriften zur Finanzkontrolle, 3 Bd. (jeweils Loseblatt), Neuwied, vormals Morell, Paul, Der Bundshaushalt: Kommentar zur Bundshaushaltsordnung, Wiesbaden u. a., 1983, Nachtrag 1987

Piduch, Erwin Adolf, Bundeshaushaltsrecht: Erläuterungen zu den Artikeln 91a bis 91e, 104a bis 104d, 109 bis 115, 125c, 143c, 143d des GG und zur BHO mit rechtsvergleichenden Hinweisen auf das Haushaltsrecht der Bundesländer und ihrer Gemeinden, Kommentar, Loseblattwerk, 2. Auflage, Stuttgart, 1995

3. Finanzausgleichsgesetz

Hidien, Jürgen W., Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (Finanzausgleichsgesetz – FAG), 3. Auflage, Baden-Baden, 2015

4. Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Möller, Alex (Hrsg.), Kommentar zum Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, 2. Auflage, Hannover, 1969

Stern, Klaus/Münch, Paul/Hansmeyer, Karl-Heinrich, Kommentar zum Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, 2. Auflage, Stuttgart u. a., 1972

5. Sonstige Kommentare

Berger, Henning/Rübsamen, Katrin, Bundesbankgesetz, 2. Auflage, Baden-Baden, 2014

Hopt, Klaus J./Seibt, Christoph (Hrsg.), Schuldverschreibungsrecht, Köln, 2017

Lewinski, Kai von, Stabilitätsratsgesetz, 2. Auflage, Baden-Baden, 2015

Lewinski, Kai von/Burba, Daniela, Haushaltsgrundsätzegesetz, Baden-Baden, 2013

Siekman, Helmut (Hrsg.), Kommentar zur Europäischen Währungsunion, Tübingen, 2013

IV. Zeitschriften und Jahrbücher mit finanzrechtlichem Schwerpunkt

Der öffentliche Haushalt (DÖH; bis 1975)

Finanz-Rundschau (FR)

Gemeindehaushalt (GemH)

Jahrbuch für öffentliche Finanzen (JöF)

Kommunale Steuerzeitschrift (KStZ)

Steuer und Wirtschaft (StuW)

Zeitschrift für Kommunalfinanzen (ZKF)

Daneben finden sich finanzrechtliche Aufsätze auch in den allgemeinen Zeitschriften mit öffentlich-rechtlichem Schwerpunkt, v. a. in DÖV, DVBl. und NVwZ.

V. Ausgewähltes finanzwissenschaftliches Schrifttum

Andel, Norbert, Finanzwissenschaft, 4. Auflage, Tübingen, 1998

Blankart, Charles B., Öffentliche Finanzen in der Demokratie, 9. Auflage, München, 2017

Brümmerhoff, Dieter/Büttner, Thiess, Finanzwissenschaft, 12. Auflage, Berlin, 2018

Burmeister, Kerstin, Außerbudgetäre Aktivitäten des Bundes. Eine Analyse der Nebenhaushalte des Bundes unter besonderer Berücksichtigung der finanzhistorischen Entwicklung, Frankfurt am Main u. a., 1997

Corneo, Giacomo, Öffentliche Finanzen: Ausgabenpolitik, 5. Auflage, Tübingen, 2018

Glinka, Philipp, Die Steuererlegung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Parlamentarische Debatten, ökonomische Fundierung und fiskalische Bedeutung, Berlin, 2021

- Heckel, Max von*, Das Budget, Leipzig, 1898
- Homburg, Stefan*, Allgemeine Steuerlehre, 7. Auflage, München, 2015
- Jèze, Gaston*, Allgemeine Theorie des Budgets, deutsche Ausgabe von Neumark, Fritz, Tübingen, 1927
- Kastrop, Christian/Meister-Scheufelen, Gisela/Sudhof, Margaretha*, Die neuen Schuldenregeln im Grundgesetz. Zur Fortentwicklung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen, Berlin, 2010
- Keynes, John Maynard*, The General Theory of Employment, Interest and Money, London, 1936
- Keuschnigg, Christian*, Öffentliche Finanzen: Einnahmepolitik, Tübingen, 2005
- Kitterer, Wolfgang*, Finanzausgleich im vereinten Deutschland, Heidelberg, 1994
- Mann, Fritz Karl*, Deutsche Finanzwirtschaft, Jena, 1929
- Musgrave, Richard A.*, Finanztheorie, 2. Auflage, Tübingen, 1969
- Neumark, Fritz*, Der Reichshaushaltsplan. Ein Beitrag zur Lehre vom öffentlichen Haushalt, Jena, 1929
- Neumark, Fritz*, Grundsätze gerechter und ökonomisch rationaler Steuerpolitik, Tübingen, 1970
- Neumark, Fritz*, Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. 1, Öffentliche Finanzwirtschaft und Finanzwissenschaft, 3. Auflage, Tübingen, 1977; Bd. 2, Öffentliche Unternehmungen, 3. Auflage, Tübingen, 1980; Bd. 3, Die Lehre von der öffentlichen Verschuldung, 3. Auflage, Tübingen, 1981; Bd. 4, Finanzausgleich auf nationaler Ebene, 3. Auflage, Tübingen, 1983
- Scherf, Wolfgang*, Öffentliche Finanzen, Einführung in die Finanzwissenschaft, 2. Auflage, Konstanz und München, 2011
- Strube, Sonia*, Die Geschichte des Haushaltsrechts vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Eine ökonomische Analyse im Lichte der Budgetfunktionen, Berlin, 2002
- Umpfenbach, Karl Friedrich*, Lehrbuch der Finanzwissenschaft, 2. Auflage, Stuttgart, 1887
- Wagschal, Uwe*, Staatsverschuldung. Ursachen im internationalen Vergleich, Opladen, 1996
- Wellisch, Dietmar*, Finanzwissenschaft, Bd. 1, Rechtfertigung der Staatstätigkeit München, 1999; Bd. 2, Theorie der Besteuerung, München, 1999; Bd. 3, Staatsverschuldung, München, 2000
- Wullweber, Joscha*, Zentralbankkapitalismus. Transformationen des globalen Finanzsystems in Krisenzeiten, Berlin, 2021
- Zimmermann, Horst/Henke, Klaus-Dirk/Broer, Michael*, Finanzwissenschaft. Eine Einführung in die Staatsfinanzen, 13. Auflage, München, 2021

VI. Schrifttum zum ausländischen öffentlichen Finanzrecht und Finanzwesen

- Auerbach, Alan J./Shaviro, Daniel N.*, Institutional Foundations of Public Finance, Cambridge (Massachusetts), 2008
- Bateman, Will*, Public Finance and Parliamentary Constitutionalism, Cambridge, 2020
- Bußjäger, Peter/Eller, Mathias*, Handbuch der österreichischen Finanzverfassung, Wien, 2022
- Heun, Werner*, Das Budgetrecht im Regierungssystem der USA, Baden-Baden, 1989
- Lienhard, Andreas/Mächler, August/Zielniewicz, Agata*, Öffentliches Finanzrecht, Bern, 2017
- Rosen, Harvey S./Gayer, Ted*, Public Finance, 10. Auflage, New York, 2014
- Waldmeier, David/Mäder, Beatrice*, Handbuch der Schuldenbremsen der Schweiz, Bern, 2015

Abkürzungsverzeichnis

AAG	Aufwendungsausgleichsgesetz
ABl.	Amtsblatt
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AbgG	Abgeordnetengesetz
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
ALR	Allgemeines Landrecht
Alt.	Alternative
AO	Abgabenordnung
AO-StB	Der AO-Steuerberater (Zs.)
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts; Archiv des öffentlichen Rechts (Zs.)
apf	Ausbildung – Prüfung – Fachpraxis: Zeitschrift für die staatliche und kommunale Verwaltung (Zs.)
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte (Zs.)
arg. ex	Argument aus
Art.	Artikel
BAG	Bundesarbeitsgericht
Bay.	Bayern, bayerisch
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zs.)
BB	Betriebs-Berater (Zs.)
Bbg.	Brandenburg, brandenburgisch
ber.	berichtigt
BezO	Bezirksordnung
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungssammlung des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGebG	Bundesgebührengesetz
BGG	Behindertengleichstellungsgesetz
BGH	Bundesgerichtshof
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
Bln.	Berliner
Brem.	Bremen, bremisch
BSchuWG	Bundesschuldenwesengesetz
BSchuWV	Verordnung zur Übertragung von Aufgaben nach dem Bundesschuldenwesengesetz
BSG	Bundessozialgericht
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht

BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg, baden-württembergisch
BWGZ	Baden-württembergische Gemeindezeitung (Zs.)
CETA	Comprehensive Economic and Trade Agreement
DB	Der Betrieb (Zs.)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDR-V	Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik
DEFG	„Deutsche Einheit“ Fonds-Gesetz
d. h.	das heißt
DÖH	Der öffentliche Haushalt (Zs.)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zs.)
Drs.	Drucksache
DStJG	Veröffentlichungen der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft e. V.
DV	Die Verwaltung (Zs.)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zs.)
DVP	Deutsche Verwaltungs-Praxis (Zs.)
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zs.)
E	Entwurf
EEG	Erneuerbare Energien Gesetz
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
El.	Ergänzungslieferung
ELFG	Erblastentilgungsfondsgesetz
EntsorgFondsG	Entsorgungsfondsgesetz
EPSAS	European Public Sector Accounting Standards
ESM	Europäischer Stabilisierungsmechanismus
ESMV	Vertrag über den Europäischen Stabilisierungsmechanismus
EStG	Einkommensteuergesetz
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EU-HHO	Haushaltsordnung der Europäischen Union
EuR	Europarecht (Zs.)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zs.)
EV	Einigungsvertrag
EZB	Europäische Zentralbank
f.; ff.	folgende
FA	Finanzarchiv (Zs.)
FAG	Finanzausgleichsgesetz

FAVO	Finanzausgleichsverordnung
FG	Finanzgericht; Festgabe
FGO	Finanzgerichtsordnung
FMStG	Finanzmarktstabilisierungsgesetz
FMStFG	Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz
FS	Festschrift
FVG	Finanzverwaltungsgesetz
G	Gesetz
GBL	Gesetzblatt
GemH	Gemeindehaushalt (Zs.)
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GO	Gemeindeordnung
GOBT	Geschäftsordnung des Bundestages
grds.	grundsätzlich
GS	Gesetzessammlung; Gedächtnisschrift
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Hamb.	Hamburg, hamburgisch
HChE	Entwurf des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee
Hess.	Hessen, hessisch
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.; hrsg.	Herausgeber; herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HSGZ	Hessische Städte- und Gemeinde-Zeitung (Zs.)
HStR	Handbuch des Staatsrechts
IBB	Investitionsbank Berlin
i. d. F.	in der Fassung
i. e.	id est (das heißt)
i. E.	im Erscheinen
IfSG	Infektionsschutzgesetz
IPSAS	International Public Sector Accounting Standards
IR	InfrastrukturRecht (Zs.)
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zs.)
Jhd.	Jahrhundert
JöF	Jahrbuch für öffentliche Finanzen
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Neue Folge (Zs.)
Jura	Juristische Ausbildung (Zs.)
JuS	Juristische Schulung (Zs.)
JZ	Juristenzeitung (Zs.)

L

Abkürzungsverzeichnis

KG	Kommanditgesellschaft
KKZ	Kommunal-Kassen-Zeitschrift (Zs.)
KommJur	Kommunaljurist (Zs.)
KonsHilfG	Konsolidierungshilfengesetz
KrAbwFG	Kreditabwicklungsfondsgesetz
KStZ	Kommunale Steuerzeitschrift (Zs.)
KV	Kommunalverfassung
KVerfG	Kommunalverfassungsgesetz
LAGVwGO	Landesausführungsgesetz zur VwGO
LastG	Lastentragungsgesetz
Lfg	(Ergänzungs) Lieferung
lit.	littera (Buchstabe)
LHO	Landeshaushaltsordnung
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen – Rheinland-Pfalz – Saarland (Zs.)
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zs.)
LOG	Landesorganisationsgesetz
LReg.	Landesregierung
LSA	Land Sachsen-Anhalt, sachsen-anhaltinisch
LV	Landesverfassung
LVerfG	Landesverfassungsgericht
LVerfGE	Entscheidungssammlung der Landesverfassungsgerichte
LVerfGG	Landesverfassungsgerichtsgesetz
MaßStG	Maßstäbengesetz
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MV	Mecklenburg-Vorpommern, mecklenburg-vorpommersch
MwStR	Zeitschrift für das gesamte Mehrwertsteuerrecht (Zs.)
n. F.	neue Fassung
Nds.	Niedersächsisch
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter (Zs.)
NJ	Neue Justiz (Zs.)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zs.)
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland (Zs.)
npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen (Zs.)
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen, nordrhein-westfälisch
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zs.)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zs.)
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zs.)
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht (Zs.)
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht (Zs.)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OMT	Outright Monetary Transactions
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Entscheidungssammlung der Oberverwaltungsgerichte

PartG	Parteiengesetz
PaulskirchenV	Paulskirchenverfassung
PersV	Die Personalvertretung (Zs.)
Pr.	Preußen, preußisch
PrGS	Preußische Gesetzessammlung
Prot.	Protokoll
PSPP	Public Sector Purchasing Programme
RBG	Reichsbeamtenengesetz
RBl.	Regierungsblatt
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RMinBl.	Reichsministerialblatt
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift (Zs.)
RP	Rheinland-Pfalz, rheinland-pfälzisch
RStruktFG	Restrukturierungsfondsgesetz
RZVG	Reichszweckverbandsgesetz
S.	Satz; Seite
s.	siehe
s. a.	siehe auch
s. o.	siehe oben
Saarl.	Saarland, saarländisch
Sächs.	Sachsen, sächsisch
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter (Zs.)
SanG	Sanierungshilfengesetz
SDSRV	Schriftenreihe des deutschen Sozialrechtsverbandes
SGB	Sozialgesetzbuch
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zs.)
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SH	Schleswig-Holstein; schleswig-holsteinisch
SKV	Staats- und Kommunalverwaltung (Zs.)
SKSV	Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion
sog.	so genannte
Sp.	Spalte
SpStr.	Spiegelstrich
SRM	Single Resolution Mechanism
SSM	Single Supervisory Mechanism
StabiRatG	Stabilitätsratsgesetz
StabMechG	Stabilisierungsmechanismengesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StGH	Staatsgerichtshof
StGHG	Staatsgerichtshofsgesetz
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zs.)
SVHV	Verordnung über das Haushaltswesen in der Sozialversicherung
SVRV	Sozialversicherungsrechnungsverordnung
SZAG	Sanktionszahlungs-Aufteilungsgesetz
Thür.	Thüringen, thüringisch
ThürVBl.	Thüringische Verwaltungsblätter (Zs.)

u. a.	und andere
UBWV	Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung (Zs.)
UStG	Umsatzsteuergesetz
usw.	und so weiter
UZK	Zollkodex der EU
V	Verfassung
v.	vom
Var.	Variante
VBLBW	Verwaltungsblätter Baden-Württemberg (Zs.)
VereinsG	Vereinsgesetz
VerfBlog	Verfassungsblog
VerfG	Verfassungsgericht
VerfGG	Verfassungsgerichtsgesetz
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VerfGHG	Verfassungsgerichtshofgesetz
VersG	Versammlungsgesetz
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zs.)
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VR	Verwaltungsrundschau (Zs.)
VSKS	Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung
VSSAR	Vierteljahresschrift für Sozial- und Arbeitsrecht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGG	Verwaltungsgerichtsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
VwZVG	Verwaltungszustellungs- und -vollstreckungsgesetz
WG	Wassergesetz
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung (Zs.)
WM	Wertpapiermitteilungen (Zs.)
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zs.)
WRVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WStFG	Wirtschaftsstabilisierungsfondsgesetz
Wü.	Württemberg, württembergisch
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zs.)
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZerlG	Zerlegungsgesetz
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung (Zs.)
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung (Zs.)
ZHF	Zeitschrift für Historische Forschung (Zs.)
ZInso	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht (Zs.)
ZKF	Zeitschrift für Kommunalfinanzen (Zs.)

ZPO	Zivilprozessordnung
ZRG	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Zs.)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Zs.)
Zs.	Zeitschrift
ZSE	Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften (Zs.)
ZStV	Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen (Zs.)
ZVG	Zweckverbandsgesetz
zzgl.	zuzüglich

Römische Ziffern hinter Artikeln oder Paragraphen bezeichnen Absätze, arabische Ziffern Sätze innerhalb eines Absatzes.

Übersichtenverzeichnis

Übersicht 2-1: Zeittafel zum öffentlichen Finanzrecht	56
Übersicht 3-1: Grundgesetzliche Regelung des Finanzwesens	65
Übersicht 6-1: Geldleistungsgesetze gemäß Art. 104a III, IV GG	175
Übersicht 6-2: Verteilung der Ausgaben, Art. 104a GG	176
Übersicht 8-1: Kommunale, v. a. gemeindliche, Steuererträge	262
Übersicht 9-1: Vergleich ausgewählter Abgabearten	312
Übersicht 11-1: Rechtsgrundlagen des Bund-Länder-Finanzausgleichs	366
Übersicht 11-2: Die drei Stufen des Finanzausgleichs	403
Übersicht 11-3: Zuweisungen des Bundes an die Länder	413
Übersicht 15-1: Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht	534
Übersicht 15-2: Ausgewählte Haushaltsgrundsätze	565
Übersicht 17-1: Haushaltskreislauf	633
Übersicht 19-1: Veränderung von Ansprüchen	667
Übersicht 19-2: Haushaltssperren	679
Übersicht 25-1: Verhältnis öffentlicher zu privaten Sachen	790
Übersicht 25-2: Arten öffentlicher Sachen	802
Übersicht 25-3: Vergleich der verschiedenen Arten öffentlicher Sachen	803
Übersicht 27-1: Abgrenzung Betrieb gewerblicher Art und Hoheitsbetrieb	888
Übersicht 29-1: Aufbau einer Bilanz	955
Übersicht 49-1: Haushaltsvermittlungsverfahren gemäß Art. 314 VII AEUV	1395

Erster Teil: Grundlagen

§ 1 Einführung

I. Begriff und Gegenstand des öffentlichen Finanzrechts

„Pecunia nervus rerum“ – Das Geld ist das Wesen der Dinge.¹ Finanzfragen sind entscheidend für das Verständnis des hoheitlichen Handelns auf den Ebenen des Bundes und der Länder, aber auch auf der supranationalen Stufe der Europäischen Union sowie bei den unterstaatlichen Kommunen und Sozialversicherungsträgern. Dieser großen praktischen Bedeutung steht ein didaktisches Defizit gegenüber, denn finanzielle Belange werden in den Lehrveranstaltungen zum Staats-, Kommunal-, Sozial- und Europarecht zumeist ausgeklammert. Indes sind die durch Zuordnung von Aufgaben und Befugnissen eröffneten politischen Entscheidungsspielräume wenig wert, wenn nicht zugleich die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Entscheidungen zur Verfügung gestellt werden.

Diesem didaktischen Mangel will das vorliegende Werk aus rechtswissenschaftlicher Sicht abhelfen. Darin wird Finanzrecht als Oberbegriff für Finanzverfassungsrecht und Haushaltsrecht verstanden. Das Finanzverfassungsrecht behandelt die Ausgaben und Einnahmen der Hoheitsträger und damit auch die finanziellen Ströme unter ihnen sowie zwischen ihnen und den Bürgern. Je nach Blickwinkel stellt dabei dieselbe finanzielle Bewegung eine Ausgabe oder eine Einnahme dar. So sind Steuern Ausgaben der Bürger und zugleich Einnahmen der Hoheitsträger. Umgekehrt bedeuten Subventionen Ausgaben der Hoheitsträger und Einnahmen der Bürger. Ebenso sind Finanzhilfen des Bundes an die Länder aus Sicht des Bundes Ausgaben und aus Perspektive der Länder Einnahmen. Das Haushaltsrecht hat die Finanzen innerhalb eines Hoheitsträgers zum Gegenstand. Es regelt zum einen die Voraussetzungen für das Tätigen von Ausgaben, zum anderen für die Erzielung von Einnahmen. Seine Hauptaufgabe ist aber die Gewährleistung des Ausgleichs von Ausgaben und Einnahmen. Das öffentliche Finanzrecht ist abzugrenzen von dem privaten Finanzrecht, das die finanziellen Beziehungen zwischen Privaten zum Gegenstand hat.² Dessen wichtigstes Teilgebiet ist das private Bankrecht. Im Recht der Bankenregulierung treffen privates und öffentliches Finanzrecht zusammen.

Juristische Nachbardisziplinen des öffentlichen Finanzrechts sind aus organisatorischem Blickwinkel das Verfassungs-, Europa- und Kommunalrecht sowie

¹ Näher *Stolleis*, *Pecunia nervus rerum*. Zur Staatsfinanzierung in der frühen Neuzeit, Frankfurt am Main, 1983.

² Vgl. *Waldhoff* in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), *HStR*, Bd. V, 3. Auflage, 2007, § 116, Rn. 3.

das Sozialversicherungsrecht. Betrachtet man die Leistungen der Hoheitsträger an die Bürger, ergeben sich auch Bezugspunkte zum Recht der sozialen Leistungen. Das Gleiche gilt in Bezug auf das Beamtenrecht, wenn man die Besoldung und die Versorgung der Beamten in den Vordergrund stellt. Hinsichtlich der Beschaffungsvorgänge der öffentlichen Hand ergeben sich vielfältige Berührungen mit dem Vergaberecht.³ Rückt man hingegen die finanziellen Verpflichtungen der Bürger gegenüber den verschiedenen Hoheitsträgern in den Mittelpunkt, zeigen sich mannigfache Überschneidungen mit dem Steuerrecht.⁴

- 4 Darüber hinaus berührt sich das öffentliche Finanzrecht mit anderen, nicht-juristischen Disziplinen. Hier ist vor allem die Finanzwissenschaft zu nennen, die von volkswirtschaftlicher Warte aus das Finanzgebaren der Hoheitsträger untersucht.⁵ Die öffentliche Betriebswirtschaftslehre schließlich betrachtet aus einzelwirtschaftlicher Perspektive das Handeln der Hoheitsträger und ihrer Unternehmen.

II. Besonderheiten des öffentlichen Finanzrechts

- 5 Das öffentliche Finanzrecht ist letztlich durch die Existenz von Hoheitsträgern vorgegeben.⁶ Es weist als eigenständige juristische Disziplin mehrere Besonderheiten auf: So handelt es sich um eine Querschnittsmaterie an der Schnittstelle zwischen dem Organisationsrecht verschiedener Ebenen einerseits und den Grundrechten und den sonstigen Rechten der Abgabepflichtigen andererseits. Innerhalb dieses Rechtsgebiets kommt zum einen allgemeinen Grundsätzen wie dem Konnexitätsprinzip beim Mehrbelastungsausgleich oder dem beitragsrechtlichen Kostendeckungsprinzip besondere Bedeutung zu, zum anderen werden solche Grundsätze – v. a. im Haushaltsrecht – vielfach durch sehr fein ausdifferenzierte Regelungen auf verschiedenen Normebenen von dem Grundgesetz über Bundesgesetze und Landesverfassungen bis hin zu einfachen Landesgesetzen ausgeformt. Aufgabe dieses Werkes soll es auch sein, diese Grundsätze unter den Schichten von Regelungen wieder sichtbar zu machen. Das öffentliche Finanzrecht wird zwar vorwiegend durch einseitige gesetzliche Regelungen geprägt, indes liegen diesen vielfach – v. a. im Bereich des Finanzausgleichs – umfangreiche Aushandlungsvorgänge zu Grunde. Zudem mehrten sich in jüngerer Zeit ergänzende vertragliche Konstrukte, insbesondere im europäischen öffentlichen Finanzrecht. Besondere Beachtung verdient, dass auch die finanzrechtlichen Bestimmungen stets juristisch normativ auszulegen und nicht politisch orientiert zu interpretieren sind, was v. a. bei den europarechtlichen Vorschriften regelmäßig vernachlässigt wird.

³ Siehe *Burgi*, Vergaberecht, 3. Auflage, 2021, § 2, Rn. 18 f.

⁴ Dazu *Seer* in: *Tipke/Lang*, Steuerrecht, 24. Auflage, 2021, Kap. 1, Rn. 1.26 ff.; *Tipke*, Die Steuerrechtsordnung, Bd. I, 2. Auflage, 2000, S. 34 f.

⁵ Siehe *Wiesner/Leibinger/Züll*, Öffentliche Finanzwirtschaft, 15. Auflage, 2021, S. 1 ff.; *Zimmermann/Henke/Broer*, Finanzwissenschaft, 13. Auflage, 2021, S. 22 ff.

⁶ Insofern mag man von „ubi res publica, ibi ius camerale“ sprechen.

III. Gang der Darstellung

Dieses Werk ist in neun Teile gegliedert: Der erste Teil beschäftigt sich mit den Grundlagen des öffentlichen Finanzrechts, also hauptsächlich mit seiner geschichtlichen Entwicklung und seinen Rechtsquellen. Der zweite Teil wendet sich dem Teilgebiet des Finanzverfassungsrechts zu, vor allem den grundgesetzlichen Vorgaben der Finanzverfassung samt ihrer jeweiligen einfachgesetzlichen Umsetzung. Der dritte Teil rückt dann das staatliche Haushaltsrecht in den Mittelpunkt, wobei insbesondere die Akteure des Haushalts, das Verfahren zur Aufstellung eines Haushalts einschließlich der Sonderkonstellationen wie des haushaltlosen Zustands sowie die Haushaltsgrundsätze betrachtet werden. Im vierten Teil wird das staatliche Vermögen einschließlich der öffentlichen Betriebe, Sondervermögen und Staatsfonds betrachtet. Der fünfte Teil wendet sich dem kommunalen Finanzrecht zu und kontrastiert dieses mit seinem staatlichen Gegenstück. Eine ähnliche Funktion erfüllt der sechste Teil für das Finanzrecht der Sozialversicherungen. Der siebente Teil hat das Finanzrecht auf europäischer Ebene zum Gegenstand. Der achte Teil wiederum beschäftigt sich teilgebietsübergreifend mit dem Rechtsschutz im Finanzverfassungs- und Haushaltsrecht. Der neunte und letzte Teil schließlich enthält einen Ausblick auf die Zukunft des öffentlichen Finanzrechts. Hinzu tritt ein Verzeichnis einschlägiger, knapp zusammengefasster höchstrichterlicher Entscheidungen.

IV. Wiederholungs- und Vertiefungsfragen

- 1) Warum kommt dem Recht der öffentlichen Finanzen eine so große Bedeutung zu? (Rn. 1) 7
- 2) Welche Teilgebiete des öffentlichen Finanzrechts können nach den erfassten Hoheitsträgern unterschieden werden? (Rn. 2)
- 3) Welche wissenschaftlichen Methoden in der Betrachtung der öffentlichen Finanzen können unterschieden werden? (Rn. 4)
- 4) Welche Besonderheiten weist das öffentliche Finanzrecht auf? (Rn. 5)

Rechtsprechung zu § 1

BVerfGE 1, 117 Finanzausgleich I 8
 BVerfGE 72, 330 Finanzausgleich II

Literatur zu § 1

Beaucamp, Guy, Grundzüge der Finanzverfassung, JA 1998, S. 774–777 9
Häde, Ulrich, Die bundesstaatliche Finanzverfassung des Grundgesetzes, Teil 1, JA 1994, S. 1–12, Teil 2, JA 1994, S. 33–43
Hey, Johanna, § 87 Finanzverfassung, in: Kahl, Wolfgang/Ludwigs, Markus (Hrsg.), Handbuch des Verwaltungsrechts, Bd. 3, Heidelberg, 2022
Kempny, Simon, Finanzverteilungsrecht – Eine Skizze unter besonderer Berücksichtigung des Staatsschuldenwesens, VR 2014, S. 300–308

Korioth, Stefan, § 135 Finanzverfassung, in: Kube, Hanno/Mellinghoff, Rudolf/Morgenthaler, Gerd/Palm, Ulrich/Puhl, Thomas/Seiler, Christian (Hrsg.), Leitgedanken des Rechts. Paul Kirchhof zum 70. Geburtstag, Bd. 2, Heidelberg, 2013, S. 1469–1476

Mosbacher, Wolfgang, Einführung in das Finanzverfassungsrecht in Zeiten der Schuldenbremse, DVP 2012, S. 354–357

Reimer, Ekkehart/Schwarz, Kyrill-A., Schwerpunktbereich – Einführung in das Finanz- und Haushaltsverfassungsrecht (Art. 104a bis 115 GG), Teil 1, JuS 2007, S. 119–126, Teil 2, JuS 2007, S. 219–225

Schmidt, Thorsten Ingo, Einführung in das öffentliche Finanzrecht, Jura 2021, S. 998–1004
Schwarz, Kyrill-A., Das Finanz- und Haushaltsverfassungsrecht des Grundgesetzes (Art. 104a–115 GG), Teil 1, JA 2021, S. 184–189, Teil 2, JA 2021, S. 276–281

Vogel, Klaus, Die bundesstaatliche Finanzverfassung des GG (Art. 104a bis 108 GG), JA 1980, S. 577–583

Vogel, Klaus/Waldhoff, Christian, Grundlagen des Finanzverfassungsrechts. Sonderausgabe des Bonner Kommentars zum Grundgesetz (Vorbemerkungen zu Art. 104a bis 115 GG), Heidelberg, 1999

Waldhoff, Christian, § 116 Grundzüge des Finanzrechts des Grundgesetzes, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5, 3. Auflage, München, 2007

Wieland, Joachim, § 24 Finanzverfassung, in: Herdegen, Matthias/Masing, Johannes/Po-scher, Ralf/Gärditz, Klaus F. (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts, München, 2021

§ 2 Geschichte des öffentlichen Finanzrechts

- 10 Das öffentliche Finanzrecht mit seinen Ausprägungen des Finanzverfassungs- und des Haushaltsrechts sowie seinen Bezügen zu den besonders ausgabeträchtigen Rechtsgebieten des besonderen Verwaltungsrechts auf der einen Seite sowie zum Steuer- und Abgabenrecht auf der anderen Seite hat sich in dieser Form erst in den letzten Jahrzehnten als eigenständiges Rechtsgebiet entwickelt. Gleichwohl besitzt es Vorläufer, insbesondere sofern bereits in einer staatlichen Verfassung finanzrechtliche Bestimmungen enthalten waren oder erste haushaltsrechtliche Regelungen erlassen wurden. Die nachfolgende historische Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, soll aber gleichwohl die Meilensteine aufzeigen, die zur Herausbildung finanzrechtlicher Regelungen geführt haben.¹ Die Darstellung setzt mit dem Deutschen Bund ein (I.) und wendet sich dann der Paulskirchenverfassung (II.) und dem preußischen Verfassungskonflikt zu (III.). Sodann werden die nach Bildung des ersten deutschen Nationalstaates erlassenen Bestimmungen in der Verfassung des Norddeutschen Bundes bzw. der Bismarck'schen Reichsverfassung (IV.) betrachtet, die in der Weimarer Republik (V.) eine ganz andere Zielrichtung bekamen. Nach der Katastrophe des Nationalsozialismus (VI.) und der Nachkriegszeit (VII.) konzentriert sich die Untersuchung in der Zeit der deutschen Teilung auf die Bundesrepublik Deutschland (VIII.), wendet aber auch der

¹ Vgl. daneben *Ullmann*, Der Deutsche Steuerstaat, 2005. Aus dem älteren Schrifttum *Klein*, Geschichte der öffentlichen Finanzen in Deutschland (1500–1870), 1974.

DDR einen Blick zu (IX.). Schließlich werden die Regelungen im Einigungsvertrag von 1990 und die nachfolgenden Verfassungsänderungen dargestellt (X.).

I. Deutscher Bund 1815 bis 1866

Der Deutsche Bund von 1815 bis 1866 stellte lediglich einen Staatenbund ohne nennenswerte finanzielle Kompetenzen dar. Die entscheidenden Entwicklungen hin zu einem modernen Finanzrecht vollzogen sich vielmehr auf Ebene der Mitgliedstaaten des Bundes. So ordnete im Jahr 1821 in Preußen der damalige König *Friedrich Wilhelm III.* die erste Veröffentlichung des „Hauptfinanzetats“ an, um die staatliche Kreditwürdigkeit zu verbessern. Zudem erhielten in den 1820/30er Jahren die ersten Landtage, v. a. in den süddeutschen Staaten, das Recht der Steuerbewilligung, was einen Ansatzpunkt bildete, auch Mitsprachrechte über die Verwendung des Steueraufkommens und somit ein Haushaltsbewilligungsrecht zu erlangen. 11

II. Paulskirchenverfassung 1848/49

Die nicht in Kraft getretene Paulskirchenverfassung 1848/49 enthielt bereits umfangreiche finanzrechtliche Bestimmungen.² Zunächst beinhaltete sie eine Regelung über die Ausgabenkonnexität³. Zudem wies sie der Reichsebene die ausschließliche Gesetzgebung über die Zölle sowie gemeinschaftliche Produktions- und Verbrauchsteuern zu⁴ und traf ausdrückliche Regelungen über die Verwaltung dieser Abgaben⁵ sowie die Verteilung ihres Ertrages⁶. Außerdem räumte sie dem Reich die Möglichkeit der Erhebung von Matrikularbeiträgen von den Ländern ein.⁷ Sodann erhielt das Reich die Befugnis, in außerordentlichen Fällen weitere Steuern zu erheben und sich zu verschulden.⁸ Zusätzlich waren zahlreiche Detailregelungen zu Beiträgen, Gebühren und weiteren Abgaben enthalten.⁹ 12

Darüber hinaus fanden sich in der Paulskirchenverfassung auch haushaltsrechtliche Bestimmungen. Zum einen wurde ausdrücklich festgelegt, dass für die Feststellung des Reichshaushaltes, die Übernahme weiterer Ausgaben, die Emission von Anleihen und die Erhebung von Matrikularbeiträgen und Steuern jeweils ein Reichstagsbeschluss erforderlich war.¹⁰ Zum anderen wurden Haushaltsgrund- 13

² Siehe dazu umfassend *Kempny*, Die Staatsfinanzierung nach der Paulskirchenverfassung, 2011, S. 283 ff.

³ § 48 PaulskirchenV 1848/49.

⁴ §§ 34; 36 PaulskirchenV 1848/49.

⁵ § 35 I PaulskirchenV 1848/49.

⁶ § 35 II; § 49 PaulskirchenV 1848/49.

⁷ § 50 PaulskirchenV 1848/49.

⁸ § 51 PaulskirchenV 1848/49.

⁹ Z. B. §§ 22; 23 (Seeschiffahrtsabgaben); §§ 25–27 (Flusszölle und Flussschiffahrtsabgaben); § 32 I (Straßenbaukosten); § 41 (Posttarife) PaulskirchenV.

¹⁰ § 102 Nr. 2 PaulskirchenV 1848/49.

sätze wie die Spezialität und die Annuität sowie das Haushaltsgebungsverfahren sehr detailliert und getrennt vom allgemeinen Gesetzgebungsverfahren geregelt.¹¹

III. Preußischer Verfassungskonflikt 1862 bis 1866

- 14 Entscheidende Impulse für die Weiterentwicklung des öffentlichen Finanzrechts gingen von dem Preußischen Verfassungskonflikt der Jahre 1862 bis 1866 aus.¹² Dieser findet seine Grundlage in der insofern unklaren revidierten preußischen Verfassung von 1850.¹³ Diese folgte insoweit wortgleich ihrer Vorgängerin, der oktroyierten Verfassung von 1848, und bestimmte, dass der Staatshaushalt jährlich gesetzlich festgestellt wird.¹⁴ Eine Regelung für den Fall, dass es nicht rechtzeitig zu einem entsprechenden Gesetz kommen sollte, enthielt die Verfassung jedoch nicht. Dafür legte sie aber besonderes Augenmerk darauf, den Gesetzesvorbehalt für die Erhebung von Abgaben zu etablieren¹⁵ und den Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung durchzusetzen¹⁶.
- 15 Im preußischen Verfassungskonflikt der Jahre 1862 bis 1866 weigerte sich das Abgeordnetenhaus, die Erweiterung und Reform des preußischen Heeres zu finanzieren, und lehnte den Haushalt insgesamt ab.¹⁷ Der neu ernannte preußische Ministerpräsident *Bismarck* vertrat die Auffassung, die Verfassung von 1850 schränke die Macht des Königs ein und wenn die Verfassung eine Lücke aufweise, also etwa den Fall der nicht rechtzeitigen Verabschiedung des Haushalts nicht regule, bleibe es bei der prinzipiell ungebundenen Macht des Königs, der dann auch ohne haushaltsgesetzliche Regelung das Militär ausbauen und durch seine Minister regieren könne. Letztlich gewann *Bismarck* durch die siegreichen Kriege mit Österreich gegen Dänemark 1864 und gegen Österreich und seine deutschen Verbündeten 1866 so viel Prestige, dass es ihm gelang, die Verabschiedung des sog. Indemnitätsgesetzes¹⁸ zu erreichen. Damit wurde zum einen das Haushaltsgebaren der preußischen Regierung ohne gesetzliche Grundlage der Jahre 1862 bis 1865 nachträglich sanktioniert und zum anderen eine gesetzliche Grundlage für den Haushalt des Jahres 1866 geschaffen. Seitdem war in Preußen als dem wichtigs-

¹¹ § 103 PaulskirchenV 1848/49.

¹² Vgl. *Thier*, Steuergesetzgebung und Verfassung in der konstitutionellen Monarchie. Staatssteuerreformen in Preußen 1871–1893, 1999, S. 643–657.

¹³ *Thier*, Steuergesetzgebung und Verfassung in der konstitutionellen Monarchie. Staatssteuerreformen in Preußen 1871–1893, 1999, S. 666 ff.

¹⁴ Art. 98 Preußische Verfassung 1848; Art. 99 Preußische Verfassung 1850.

¹⁵ Art. 99; 101 Preußische Verfassung 1848; Art. 100; 102 Preußische Verfassung 1850.

¹⁶ Art. 100 Preußische Verfassung 1848; Art. 101 Preußische Verfassung 1850.

¹⁷ Vgl. die Darstellung bei *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte, 20. Auflage, 2022, § 12, Rn. 387–393; *Willoweit/Schlinker*, Deutsche Verfassungsgeschichte, 8. Auflage, 2019, § 32, Rn. 11–14.

¹⁸ Gesetz betreffend die Erteilung der Indemnität in Bezug auf die Führung des Staatshaushaltes vom Jahre 1862 ab und die Ermächtigung zu den Staatsausgaben für das Jahr 1866 vom 14. September 1866, PrGS S. 563.

ten Einzelstaat das Erfordernis eines Haushaltsgesetzes anerkannt. Zugleich zeigte dieser Verfassungskonflikt die Notwendigkeit auf, in der Verfassung selbst eine Regelung über die vorläufige Haushaltsführung (→ Rn. 697 ff.) für den Fall der nicht rechtzeitigen Verabschiedung des Haushaltsgesetzes zu treffen.

IV. Norddeutscher Bund und Deutsches Reich 1866 bis 1919

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1866 bzw. des Deutschen Reiches von 1870/71 verwies das Reich zunächst auf die Erträge der Zölle, der gemeinschaftlichen Verbrauchsteuern sowie die Einnahmen aus dem Post- und Telegraphenwesen^{19, 20} Sofern diese Einnahmen zur Deckung der Reichsausgaben nicht ausreichten, sollten Matrikularbeiträge der Einzelstaaten nach ihrer jeweiligen Bevölkerungszahl das Reich finanzieren.²¹ Das Reich wurde dadurch zum „Kostgänger der Länder“.²² Als durch die Schutzzollpolitik die Einnahmen des Reichs gleichwohl erheblich stiegen, wurde in § 7 Zollgesetz die sog. Franckenstein'sche Klausel²³ eingefügt, wonach das Reich alle Erträge aus Zöllen und indirekten Steuern über 130 Mio. Mark den Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer jeweiligen Bevölkerungszahl überweisen musste und nur bei Bedarf von diesen als Matrikularbeiträge zurückfordern durfte. Diese Klausel wurde erst 1904 aufgehoben.²⁴ Nur bei außerordentlichem Bedarf konnte das Reich auf gesetzlicher Grundlage Anleihen begeben.²⁵ Ein Finanzausgleich zwischen den Gliedstaaten fand nicht statt.

Im Unterschied zur Paulskirchenverfassung von 1848/49 enthielt die Reichsverfassung kein gesondertes Haushaltsgebungsverfahren und sah die Annuität des Haushalts nur als Regel vor, von der aber in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer abgewichen werden durfte²⁶. Davon wurde mit dem sog. Septennat, der siebenjährigen Bewilligung des Militärhaushalts, der immerhin über zwei Drittel der Reichsausgaben ausmachte, gleich mehrmals Gebrauch gemacht. Dies bedeutete eine erhebliche Schwächung des Budgetrechts des Reichstages. Unter der Geltung des Art. 110 GG wäre ein solches Septennat nicht mehr möglich. Im Übrigen war auf Reichsebene das Haushaltsrecht nicht kodifiziert worden, vielmehr griff man zumeist auf die preußischen haushaltsrechtlichen Regelungen zurück. Die Rechnungsprüfung erfolgte durch die Preußische Oberrechnungskammer unter der Bezeichnung Rechnungshof des Deutschen Reiches.

¹⁹ Art. 70 S. 1 Verfassung Norddeutscher Bund; Art. 70 S. 1 Reichsverfassung 1870/71.

²⁰ Vgl. *Henneke*, Öffentliches Finanzwesen. Finanzverfassung, 2. Auflage, 2000, § 3, Rn. 63 ff.

²¹ Art. 70 S. 2 Verfassung Norddeutscher Bund; Art. 70 S. 2 Reichsverfassung 1870/71.

²² Vgl. *Waldhoff*, Die Reichsabgabenordnung 1919 – Historischer Kontext, Entstehung, Vorbildfunktion, *StuW* 2020, S. 147 (149).

²³ Benannt nach dem Zentrumspolitiker *Georg Arbogast von und zu Franckenstein* (1825–1890), dazu *Vogel/Waldhoff*, Grundlagen des Finanzverfassungsrechts, 1999, Rn. 136.

²⁴ Gesetz vom 14. Mai 1904, *RGBl.* S. 169.

²⁵ Art. 73 Verfassung Norddeutscher Bund; Art. 73 Reichsverfassung 1870/71.

²⁶ Art. 71 Verfassung Norddeutscher Bund; Art. 71 Reichsverfassung 1870/71.

- 18 Zur Finanzierung des Ersten Weltkriegs erwiesen sich die finanzverfassungsrechtlichen und steuerrechtlichen Regelungen als vollkommen ungenügend. Das Deutsche Reich finanzierte den Krieg im Wesentlichen durch die Ausgabe von Kriegsanleihen. Diese waren über viele Jahre unkündbar und bei ihrer Rückzahlung in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts durch die mittlerweile erfolgte Hyperinflation nahezu wertlos.²⁷
- 19 Einen erheblichen Fortschritt im Rechtsschutz in Steuersachen stellte die Errichtung des Reichsfinanzhofes noch im Jahr 1918 dar²⁸, welcher der Vorläufer des heutigen Bundesfinanzhofes ist.

V. Weimarer Republik 1919 bis 1933

- 20 Zur Zeit der Weimarer Republik erfolgte eine grundlegende Reform des öffentlichen Finanzrechts.²⁹ Auf Verfassungsebene war zunächst eine Verwaltung der Zölle und Verbrauchsteuern durch Reichsbehörden vorgesehen³⁰, die dann durch verfassungsdurchbrechendes Gesetz³¹ auf alle Reichssteuern erstreckt wurde, wobei unter Reichssteuern solche Steuern verstanden wurden, deren Ertrag ganz oder teilweise dem Reich zustand. Zudem wurden dem Reich weitgehende Einwirkungsmöglichkeiten auf den Vollzug der Abgabengesetze durch die Länder eingeräumt.³² Einfachgesetzlich erwiesen sich im Zuge der *Erzberger'schen* Finanzreform³³ der Erlass der Reichsabgabenordnung³⁴ und des Einkommensteuergesetzes³⁵ als grundlegend. Beide gelten in veränderter Form als Abgabenordnung³⁶ sowie als Einkommensteuergesetz³⁷ noch heute fort.

27 Siehe dazu *Leonhard*, Die Büchse der Pandora, 6. Auflage, 2020, S. 784 ff.

28 Gesetz vom 26. Juli 1918, RGBl. S. 959. Siehe dazu *Thier*, Beginn des Steuerrechtsschutzes in der Weimarer Zeit, in: FS Bundesfinanzhof, 2018, S. 21 ff.

29 Dazu im Überblick *Waldhoff*, Finanzrecht, in: Voigt (Hrsg.), Aufbruch zur Demokratie, 2020, S. 773–784.

30 Art. 83 I WRV in der Ursprungsfassung.

31 § 1 Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. September 1919, RGBl. S. 1591.

32 Art. 84 WRV.

33 Benannt nach dem damaligen Reichsfinanzminister *Matthias Erzberger* (Zentrum, 1875–1921), biographisch *Dowe*, Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie, 2011.

34 Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919, RGBl. S. 1993, siehe dazu *Drüen*, Ein Jahrhundert Abgabenordnung, StuW 2020, S. 140 ff.; *Waldhoff*, Die Reichsabgabenordnung 1919 – Historischer Kontext, Entstehung, Vorbildfunktion, StuW 2020, S. 147 ff.

35 Einkommensteuergesetz vom 29. März 1920, RGBl. S. 359, hierzu *Clausen* in: Herrmann/Heuer/Raupach, EStG/KStG, 306. Lfg., Dokumentation zur Rechtsentwicklung der Einkommensteuer.

36 Abgabenordnung vom 16. März 1976, BGBl. I S. 613, mit zahlreichen Änderungen seitdem; siehe *Drüen*, 100 Jahre Abgabenordnung, DStR 2019, S. 2657 ff.

37 Einkommensteuergesetz vom Oktober 2009, BGBl. I S. 3366, mit zahlreichen kleineren Änderungen seitdem.